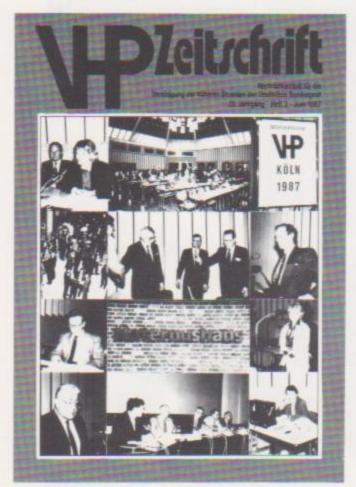
1 D Zeitschrift

Nachrichtenblatt für die Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost 23. Jahrgang · Heft 3 · Juni 1987



INHALTSVERZEICHNIS



Zum Titelbild:

Über den Ablauf des Delegiertentages in Köln berichten wir ausführlich in diesem Heft.

Horst Plath	
Delegiertentag unter einem Dach	3
Aus der Arbeit des Bundesvorstandes	15
Wolfgang Blankenstein Geschäftsbericht des BV 05/86-04/87	16
Johann Paffen Rechenschaftsbericht 1986/1987	17
Treffen der FEFAS	25
Frieder Lauxmann Für Sie gelesen	26
Der emanzipatorische Schrägstrich	27
Kleine Anmerkungen zu großen Denkern	28
Personalveränderungen	29
Verzeichnis der Mitglieder des Bundesvorstandes und der Vorstände der Bezirksvereine	30

VHP-Zeitschrift

Herausgeber: Bundesvorstand der Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost, Postfach 12 00, 4600 Dortmund 1.

Redaktion: Hans Jürgen Schark (verantwortlich); Werner Heise; Horst Plath; Peter Schmedes.

Anzeigenverwaltung: Fred Dittmer.

Anschrift der Redaktion: Postfach 60 02 00, 2000 Hamburg 60, Telefon

(0 40) 2 39 56 50 und 63 88 46 10.

Die mit Namen gezeichneten Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Bundesvorstandes deckt, wird dies ausdrücklich erwähnt.

Druck: Kröger Druck, 2000 Wedel bei Hamburg.



DELEGIERTENTAG 1987 IN KÖLN

VEREINIGUNG DER HÖHEREN BEAMTEN DER DEUTSCHEN BUNDESPOST



Nach dem "Delegiertentag der kurzen Wege" 1986 in Karlsruhe war es sicherlich kaum vorstellbar, inmitten der betriebsamen Hektik einer Großstadt eine Oase der Ruhe und Konzentration zu finden. Der Bezirksverein Köln brachte jedoch das unmöglich Scheinende zustande: in dem erst vier Jahre alten erzbischöflichen Maternus-Haus, kaum zehn Gehminuten von Bahnhof und Dom entfernt, erwies sich das jährliche Treffen unserer Vereinigung tatsächlich nunmehr als ein "Delegiertentag unter einem Dach". So waren für die meisten Teilnehmer, die auch im eingegliederten Hotelbau wohnten, die einzelnen Veranstaltungen bequem und ohne Zeitaufwand zu erreichen.

In einer Überschau soll nun der Verlauf der Tagung vom 05.—08. 05. 87 geschildert werden. Ein Teil der Geschäftsberichte, der Festvortrag, das Statement des Bundespostministers und die Podiumsdiskussion können wir jedoch erst im nächsten Heft veröffentlichen, um den Umfang dieser Ausgabe nicht zu sprengen.

DELEGIERTENTAG UNTER EINEM DACH

Ein Kongreßzentrum, geplant für den Menschen

Wenn nach Abschluß der Tagung unser Bezirksvorsitzender Johann Paffen dem Bezirksverein Köln für die Vorbereitung und Ausrichtung dieses Treffens herzlich dankte, begleitet von langanhaltendem, lebhaftem Beifall der über 110 Delegierten, und dabei betonte, daß es ein erfolgreicher Delegiertentag gewesen sei, so haben sicherlich die räumlichen Verhältnisse dafür eine nicht unerhebliche Voraussetzung geschaffen. Das Haus, nach Maternus benannt, der zu Anfang des 4. Jahrhunderts nach alter Überlieferung der erste Bischof von Köln war, zeigt sich nach Osten zur Hauptverkehrsachse für den Fremden eher kühl und abweisend. Dem steht jedoch eine fast heitere, aber dennoch repräsentative Eingangs-Architektur an der Kardinal-Frings-Str. gegenüber.

Im Inneren offenbart sich dann die meisterlich gelöste Planung in einem spannungsreichen Wechselspiel unterschiedlich großer Räume und anmutig gestalteter Innenhöfe. Dauerhafte Materialien, wie Backstein, Marmor und Holz versprechen später eine würdige Alterung. Mit Recht hat dieser Bau den deutschen Architekturpreis erhalten.

Die Institution der katholischen Kirche hält sich in diesen Räumen, in denen wenige Tage vorher Papst Johannes Paul II. mit der Deutschen Bischofskonferenz zusammengetroffen war, bescheiden und wohltuend zurück. Kleine Kostbarkeiten erinnern den Betrachter an ein geistiges-religiöses Wirken in dieser fast klösterlichen Zelle. So ermahnt eine Wandbemalung im Restaurant durch die Darstellung eines Kornfeldes an unser tägliches Brot.

Auch in dem großen Maternus-Saal waren die besten Voraussetzungen für ein harmonisches Arbeiten während der drei Tage gegeben. Die Umgebung und ein guter Geist dieses Hauses wirkten auf die Delegierten und Vortragenden. Weder Hast und Emotionen noch lähmendes Dahinschleppen oder endlose Diskussionen, wie man sie sonst leicht bei größeren Tagungen erleben kann, waren zu spüren. Nicht jedes Kongreßzentrum zeigt einen solchen gelungenen Maßstab, der dem Menschen wirklich angepaßt ist.







Das fleißige Tagungsbüro



Johann Paffen und Wolfgang Blankenstein

Notwendige Vorbereitungen

Um einen reibungslosen Ablauf dieser drei Tage zu ermöglichen, war eine vorbereitende Sitzung des Bundesvorstandes am Dienstagnachmittag unumgänglich. Die Anträge wurden ein letztes Mal gesichtet, Stellungnahmen und Berichte abgegeben, eine Resolution vorbereitet und geschäftsführende Aufgaben verteilt. Es war quasi eine Art von Generalprobe, ehe dann endgültig der Vorhang aufging.

Für Öffentlichkeit und Presse waren die behandelten Themen kaum Gegenstand einer Schlagzeile. So war es verständlich und für eine Großstadt durchaus üblich, wenn an der Pressekonferenz nur zwei junge Damen der Redak-

PRESSEMITTEILUNG

110 Delegierte der Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost (VHP) treffen sich vom 6.-8. Mai 1987 im Maternus-Haus in Köln zu ihrem diesjährigen Delegiertentag. Der VHP gehören ca. 2500 Führungskräfte der Deutschen Bundespost an. Wesentliche Ziele der VHP sind die Meinungsbildung über Probleme des Post- und Fernmeldewesens sowie die Wahrnehmung von berufspolitischen Interessen. Mittelpunkt der festlichen Eröffnungsveranstaltung am 6. Mai 1987, 14.30 Uhr, ist der Festvortrag von Herrn Professor Dr. Bert Rürup, Technische Hochschule Darmstadt, zu dem Thema: "Gesellschaftliche und ökonomische Wirkungen des Fortschritts der Technik". Neben den Delegierten aus dem gesamten Bundesgebiet wird eine große Zahl geladener Gäste aus Politik, Handel, Wirtschaft und dem öffentlichen Leben (u. a. Oberbürgermeister Burger und Staatssekretär Dr. Florian) an der Eröffnungsveranstaltung teilnehmen.

Während der beiden folgenden Tage

werden die Delegierten aktuelle Fragen der Unternehmenspolitik beraten und diskutieren. Ein wichtiges Thema wird dabei die Zukunft der DBP sein. Vertieft werden diese Beratungen am 7. Mai durch ein Referat des Ministers für das Post- und Fernmeldewesen, Herrn Dr. Christian Schwarz-Schilling, und am 8. Mai durch eine Podiumsdiskussion mit dem Thema "Perspektiven zur Ordnung des Fernmeldewesens in der Bundesrepublik Deutschland". Teilnehmen werden an dieser Diskussion u. a. Professor Dr. Carl Christian von Weizsäcker, Universität Köln, Professor Jr. Tjakko Schuringa, EG, Brüssel, und Dr.-Ing. Wolfgang Peters, SEL AG, Stuttgart.

Schwerpunkte der Beratungen während der zweitägigen Arbeitssitzungen sind:

Unternehmenspolitik im Fernmeldewesen

Die VHP verfolgt mit Sorge die Äußerungen maßgeblicher Politiker zu den

noch nicht abgeschlossenen Untersuchungen der Regierungskommission "Fernmeldewesen" und die öffentliche Diskussion über die Liberalisierung und Deregulierung des Fernmeldewesens sowie die Bestrebungen, die DBP aus dem Endgerätemarkt zu verdrängen oder gar den Betrieb privater Fernmeldenetze zu erlauben.

Die VHP setzt sich für objektive und sachkundige Gespräche ein, bei denen auch das Fachwissen der Führungskräfte der DBP einfließen muß. Es liegt vor allem auch im volkswirtschaftlichen Interesse, daß die DBP bei allen Produkten des Endgerätemarktes als gleichberechtigter und konkurrenzfähiger Anbieter auftritt. Das Betriebsrecht aller Fernmeldenetze muß unbedingt in der Hand der DBP bleiben.

Einheit des Unternehmens DBP

Die VHP wendet sich gegen Bestrebungen, Post- und Fernmeldewesen voneinander zu trennen, weil dadurch die Verbundvorteile (gemeinsame Nut-





tionen "Kölnische Rundschau" und "Kölner Stadt-Anzeiger" teilnahmen und keine provozierenden Fragen stellten.

Vergessen wird oft die Arbeit im Hintergrund. Das Tagungsbüro, zweckmäßig und ansprechend im runden Lambertus-Raum eingerichtet, leistete eine hervorragende Arbeit. Ein herzliches Dankeschön diesen Damen und Herren! Ein gleicher Dank soll an dieser Stelle auch für die kleinen Aufmerksamkeiten ausgesprochen werden, die die Delegierten während der Arbeitstagung auf ihren Tischen vorfanden. Der Kölner Post-, Spar- und Darlehensverein, das Beamtenheimstättenwerk und die Kölner Postversicherung, die anläßlich ihres 125jährigen Bestehens jedem Teilnehmer einen Polyglott-Führer der Stadt Köln überreichte, sollten hier nicht unerwähnt bleiben.

Eröffnung der Festveranstaltung

Die eigentliche Tagung wurde am 6. Mai mit der Festveranstaltung eröffnet. Der Bundesvorsitzende Johann Paffen begrüßte die anwesenden Gäste und ging auf die aktuellen Themen des Delegiertentages ein. Herr Staatssekretär, Herr Oberbürgermeister,

meine Herren Abgeordneten, meine sehr verehrten Damen und

liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein seit längerem geübter guter Brauch in unserer Vereinigung, daß wir zu Beginn unserer jährlichen Delegiertentage mit einer feierlichen Eröffnungsveranstaltung an die Offentlichkeit treten. Dabei geht es uns in erster Linie darum, über unser berutspolitisches Tätigkeitsfeld hinaus ein grundsätzliches gesellschaftspolitisches Thema mit großem Informationswert für die Offentlichkeit und von einem qualifiziertem Fachkenner vorgetragen in den Mittelpunkt zu stellen.

Ich freue mich, daß so viele Gäste aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und anderen gesellschaftspolitischen Organisationen unserer Einladung gefolgt sind, und darf Sie im Namen des Bundesvorstandes der Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost hier in Köln, der Metropole am Rhein, sehr herzlich willkommen heißen.

Mein besonderer Willkommensgruß gilt zunächst Ihnen, Herr Staatssekretär Dr. Florian, der Sie auch als Vertreter des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen, Herrn Dr.

zung der Ressourcen) verlorengingen und der begrenzte Kostenausgleich zwischen den beiden Unternehmensbereichen in Frage gestellt würde. Sie setzt sich für eine Einheit des Postund Fernmeldewesens und für ein marktwirtschaftlich orientiertes Unternehmenskonzept ein, bei dem der Handlungsspielraum erweitert und die bestehenden Abhängigkeiten vom Bundesminister der Finanzen und vom Bundesminister des Innern gelockert werden. Dadurch könnte die Post durchaus konkurrenzfähig bleiben und den Anforderungen des Marktes besser gewachsen sein.

Funktionsgruppenregelung für den höheren Dienst

Nachdem der Gesetzgeber mit der zweiten und dritten Anderungsverordnung zur Funktionsgruppenverordnung kurz hintereinander den gestiegenen Arbeitswert im gehobenen Dienst der Zollverwaltung, der Bundesbahn und auch der DBP anerkannt hat, bleibt

der Ausschluß des höheren Dienstes von jeder Funktionsgruppenregelung, die eine Überschreitung der Stellenobergrenzen des Bundesbesoldungsgesetzes erlaubt, umso unverständlicher. Die VHP weist auf die zunehmenden Anforderungen bei Planungs- und Leitungsfunktionen im höheren Dienst hin und fordert mit Nachdruck eine Einbeziehung des höheren Dienstes in diese Funktionsgruppenregelung. Der gesetzliche Stellenkegel ist für eine besoldungs- und funktionsgerechte Besoldung nicht mehr ausreichend.

Aufhebung der Absenkung der Eingangsbesoldung

Bereits wiederholt und nachdrücklich fordert die VHP, die nach dem Haushaltsbegleitgesetz 1984 eingeführte, ungerechtfertigte Absenkung der Eingangsbesoldung für den gehobenen und höheren Dienst zurückzunehmen. Diese Maßnahme wird von uns für unsozial und leistungsfeindlich gehalten, zumal dadurch im Bereich des Bundes

keine nennenswerten Einsparungen erzielt werden. Die VHP weist außerdem darauf hin, daß alle Parteien vor der Wahl eine Rücknahme zugesagt haben und nun zu ihrem Wort stehen müssen.

Aufgabenorientierte Bedarfsanpassung

Durch den gestiegenen Umfang der Aufgaben des Postwesens und durch die rasante Entwicklung auf dem Gebiet der Telekommunikation haben die Vielfalt und die Veränderungen der Dienstleistungen innerhalb kurzer Zeit einen Umfang angenommen, der noch vor Jahren unvorstellbar war. Diese Antorderungen an Können, Verhalten und fachübergreifendem Allgemeinwissen nehmen dabei standig zu. Die VHP räumt daher einer aufgabenorientierten Bedarfsanpassung der Per-

sonalposten des höheren Dienstes eine hohe Prioritat ein und weist auf Aufgabenbereiche hin, die qualifizierten Beamten des höheren Dienstes übertragen werden mussen.



Schwarz-Schilling, zu uns gekommen sind, der morgen vormittag in der Arbeitssitzung persönlich zu den Delegierten sprechen und mit uns diskutieren wird. Sie, Herr Staatssekretär, haben bereits in den vergangenen Jahren durch Ihre fast regelmäßigen Besuche unserer Delegiertentage Ihre Aufgeschlossenheit für unsere Probleme gezeigt. Wir freuen uns, daß Sie trotz Ihrer vielfältigen Verpflichtungen auch in diesem Jahr wieder unter uns weilen.

Nicht minder herzlich begrüße ich den Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Köln, Herrn Burger. Wir veranstalten zwar jetzt zum 1. Mal unseren Delegiertentag in Ihrer traditionsreichen Stadt, aber viele Delegierte kennen diese Stadt von zahllosen Beiratssitzungen, die seit 15 Jahren regelmäßig wegen der zentralen Lage Köln hier stattfinden, und haben sie aufgrund ihrer Urbanität lieben gelernt. Wir werden uns auch in diesen Tagen sicherlich hier sehr wohlfühlen. Das gilt für mich persönlich erst recht, weil ich die Stadt seit meinem Studium hier an der Universität Anfang der fünfziger Jahre ganz besonders in mein Herz geschlossen habe.

Erfreut sind wir auch darüber, daß wieder einige Abgeordnete des Deutschen Bundestages bzw. des Landtages von NRW heute unsere Gäste sind. Von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüße ich Herrn Abg. Pfeffermann, der als Mitglied des Postverwaltungsrates und als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Post- und Fernmeldewesen seiner Fraktion mit unseren postalischen Problemen gut vertraut ist.

Ein ebenso herzlicher Willkommensgruß gilt dem Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion, Herrn Abg. Börnsen. Daß Sie, Herr Börnsen, als neuer Obmann der SPD-Fraktion im Postausschuß mit Ihrer Anwesenheit die erste Gelegenheit zur Kontaktaufnahme mit unserer Vereinigung nutzen, werten wir als gutes Zeichen.

Als Vertreter der FDP-Landtagsfraktion des Landes NRW heiße ich Herrn Abg. Wickel willkommen.

Namentlich begrüßen darf ich ferner den Festredner unserer heutigen Veranstaltung, Herrn Prof. Dr. Rürup, von der TH Darmstadt.

Als Ausdruck des Interesses an der Arbeit der Post und unseres Verbandes sehen wir es an, daß eine Reihe von Vertretern des öffentlichen Lebens in Köln – Behördenleiter und Rektoren von Hochschulen – unserer Einladung gefolgt sind.

Wir wissen es zu schätzen, daß auch in diesem Jahr wieder eine große Zahl von leitenden Beamten unseres Ministeriums, an der Spitze Herr MinDir Schöll, zu uns gekommen ist. Ebenso erfüllt es uns mit Genugtuung, daß so viele Präsidenten von Mittelbehörden, Rektoren von Fachhochschulen sowie Repräsentanten der Tochtergesellschaften und Selbsthilfeeinrichtungen der Post uns mit ihrem Besuch beehren. Sie alle dokumentieren durch Ihre Anwesenheit, welchen Stellenwert Sie der berufs- und unternehmenspolitischen Arbeit unseres Verbandes beimessen.

Beim Präsidenten der gastgebenden OPD Köln, Herrn Dr. Neuhoff, möchte ich mich bedanken, daß er die Kollegen seines Bezirksvereins tatkräftig bei der Vorbereitung dieser Tagung unterstützt hat.

Ausländische Besucher sind uns natürlich immer besonders willkommen. Deshalb freue ich mich über die Anwesenheit des neuen Vorsitzenden des österreichischen Verbandes der Akademikervereine der Post- und Telegraphenverwaltung Herrn Dipl.-Ing. Mahofsky, der erstmals unter uns weilt, und seiner uns schon länger bekannten Kollegen.

Ständige und gern gesehene Gäste unserer Delegiertentage sind die Repräsentanten der Personalvertretungen, der Gewerkschaften und der Laufbahnvereinigungen bei der DBP, mit denen wir berufspolitische Kontakte pflegen. Seien Sie uns, meine Dame und meine Herren, die Sie heute Ihre Organisationen hier vertreten, herzlich willkommen.

Es ist mir auch ein Vergnügen, Kollegen von befreundeten Verbänden des höheren Dienstes anderer Verwaltungen, mit denen wir in einer Arbeitsgemeinschaft fruchtbar zusammenarbeiten, begrüßen zu können.

Schließlich darf ich auch allen Delegierten und Ihnen, sehr verehrte Damen, die Sie durch Ihre Anwesenheit diese Veranstaltung bereichern, einen herzlichen Willkommensgruß zurufen.

Meine Damen und Herren,

an den beiden nächsten Tagen werden sich die Delegierten unserer Vereinigung zum einen mit Themen beschäftigen, welche die Wahrnehmung der beruflichen Interessen der Beamten des höheren Dienstes der Deutschen Bundespost zum Inhalt haben. Zum anderen betrachten wir es als Führungskräfte aber auch als unsere Aufgabe, uns zu wichtigen aktuellen Problemen unseres Unternehmens Deutsche Bundespost eine Meinung zu bilden und sie zu artikulieren.

Eines der wichtigsten Themen der Unternehmenspolitik ist die schon seit Monaten geführte öffentliche Diskussion über die zukünftige Rolle der DBP, und hier insbesondere des Fernmeldewesens, im Rahmen unserer marktwirtschaftlichen Ordnung. Deshalb wird dieses Problemfeld bei unseren Beratungen - auch mit Herrn Bundesminister Dr. Schwarz-Schilling - einen breiten Raum einnehmen. Dies zeigt die für übermorgen anberaumte Podiumsdiskussion "Perspektiven zur Ordnung des Fernmeldewesens in der Bundesrepublik Deutschland", in der neben Vertretern unserer Vereinigung so namhafte Experten wie Prof. Schuringa von der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel, Prof. Carl Christian von Weizsäcker, Universität Köln, und Direktor Dr.-Ing. Peters von SEL/Stuttgart, zu diesem Thema diskutieren werden.

Die rasante Entwicklung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken in den letzten Jahren, die zunehmende Bedeutung, die dem Fernmeldewesen in einer Industrie- und Informationsgesellschaft zwangsläufig zukommt, und die wachsende Verflechtung der Fernmeldeindustrien in internationale Märkte führte in der Bundesrepublik zu Überlegungen, wie das Fernmeldewesen neu geordnet werden kann. Unter Hinweis auf bereits erfolgte oder eingeleitete Strukturveränderungen im Ausland, insbesondere in den USA, Großbritannien, Japan und den Niederlanden, und im Hinblick auf die erklärte Absicht der Bundesregierung, den Staat auf seine Kernaufgaben zurückzuführen, wurde in der Offentlichkeit die Forderung nach einer starkeren Offnung des Marktes durch mehr Wettbewerb, nach einer Entmonopolisierung und z. T. auch nach einer Privatisierung des Fernmeldewesens bzw. von Teilbereichen erhoben.

Wir sind dem Bundespostminister und der Unternehmensleitung insgesamt dankbar, daß sie schon im Herbst vergangenen Jahres eindeutig klargestellt haben: Die Sicherstellung der notwendigen Infrastrukturen für das Post- und Fernmeldewesen ist eine Kernaufgabe des Staates, weil es sich dabei um eine gemeinwirtschaftliche Aufgabe der Daseinsvorsorge handelt, die nicht oder nicht voll dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip der Gewinnmaximierung unterworfen werden kann.

Auch wir sind der Meinung, daß die Deutsche Bundespost auch in Zukunft allen Bürgern gleichwertige Dienstleistungen zu gleichen Bedingungen anbieten muß.

Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen, in denen wir in den meisten Punkten mit dem Bundespostministerium übereinstimmen:

- 1. Eine Privatisierung des Fernmeldewesens kann nicht in Betracht kommen; sie verstieße auch gegen Art. 87 GG.
- 2. Die alleinige Netzträgerschaft der Deutschen Bundespost muß erhalten bleiben, weil ein Nebeneinander konkurrierender Fernmeldenetze wegen der kleinen Fläche der Bundesrepublik unsinnig und kostenerhöhend wäre.
- 3. Die DBP muß die Möglichkeit haben, an allen sich bietenden Endgerätemärkten teilzunehmen. Einen Ausschluß des Netzträgers vom Endgerätemarkt gibt es meines Wissens nirgendwo auf der Welt.
- 4. Hinsichtlich der Ausgestaltung der Fernmeldedienste ist zunächst festzustellen, daß es entgegen einer weitverbreiteten Meinung bereits jetzt bei uns hunderte sog. Mehrwertdienste zu den Diensten der Post gibt, die von Privaten angeboten werden. Bei einer weiteren Liberalisierung der Dienste muß Rosinenpickerei und Tarifarbitrage von privaten Anbietern vermieden werden. Keinesfalls darf es dazu kommen, daß die besonders rentablen und gewinnbringenden Dienstleistungen von Privaten wahrgenommen werden, wahrend der DBP die schlechten Risiken bleiben und sie ihrer Verpflichtung, ihre Dienste flächendeckend für jedermann zu erbringen, nur durch eine Anhebung der Gebühren sicherstellen kann.

Die Deutsche Bundespost und ihre Führungskräfte sind bereit, sich im Interesse unserer Volkswirtschaft den großen Herausforderungen zu stellen, die mit den aufgezeigten technischen und ökonomischen Entwicklungen verbunden sind.

Deshalb steht die VHP der in der Regierungserklärung vom Bundeskanzler angekündigten Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens offen gegenüber, wenn sie zum Ziel hat, zum Nutzen unserer Kunden die Leistungsfähigkeit der DBP zu verbessern, die Organisation zu straffen und die Umgestaltung der Post zu einem noch starker marktorientierten Dienstleistungsunternehmen mit einem modernen Management zu beschleunigen. Denn es gehört zu den vornehmlichsten Aufgaben der Fuhrungskrafte eines Unternehmens, sich - wie es Robert Mc-Namara einmal ausgedrückt hat - dem Wandel zu stellen - mit Intelligenz und Phantasie. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch den früheren britischen Premierminister Disraeli zitieren: "Ich bin ein Radikaler, wenn es darum geht, all das zu verändern, was schlecht ist an unserer Verfassung; ich bin ein Konservativer, wenn es darum geht zu erhalten, was gut ist an unserer Verfassung".

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, noch zwei kurze Anmerkungen zur angestrebten Neustrukturierung der Post:

1. Eine solche Neuordnung darf nicht die Einheit von Post- und Fernmeldewesen mit ihren Verbundvorteilen und der gemeinsamen Nutzung der Ressourcen in Frage stellen; ferner darf sie den begrenzten Finanzausgleich zwischen den Unternehmensbereichen nicht behindern oder erschweren. Das Postwesen sollte nicht zum Kostgänger des Bundes werden.

2. Einer organisatorischen Trennung von Hoheits- und Unternehmensaufgaben der Post nach dem Vorstandsmodell der Bahn stehen wir zunächst skeptisch gegenüber, möchten aber für unsere endgültige Stellungnahme den Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen abwarten.

U. E. wird die notwendige Flexibilität

GEHÖRT UND NOTIERT

- Das weiß der Minister auch noch nicht.
- Das mit der Koalition des guten Willens brauchen wir.
- Es gibt doch Sitzungssäle im BPM; dort können sich die Kollegen doch hinsetzen und reden.
- Doch! Wir waren gut!
- Wo sitzen die Fundis?
- Einen Juristen wird man nicht in der Pfeife rauchen.
- Das war gar nicht so schlecht. Das war sogar exzellent.
- So wie ich ihn kenne, wird er diese Drohung wahrmachen.
- Da das Alter üblicherweise am Ende des Lebens steht . . .
- Wenn man einen Segler fragt, was die Wende ist, so antwortet er: "Mit neuem Kurs zum alten Ziel."
- Ein Festredner darf über alles reden, nur nicht über vierzig bis fünfzig Minuten.
- Das hohe Ansehen der Propheten beruht auf dem schlechten Gewissen der Zuhörer.
- Ich habe so langsam das Gefühl, wir begeben uns in das Gebiet der Erbsen-Zählerei.
- Der Bundesvorstand hat verstanden, was gemeint ist.
- Ich wollte ihn schon eine Schlafmütze nennen.
- Spontan, wie wir Norddeutschen nun einmal sind.

in unternehmerischen Entscheidungen weniger durch die Organisationsform als durch die Eingriffe anderer Bundesressorts - Wirtschafts-, Finanz- und Innenminister – erschwert. Deshalb begrußen wir es sehr, daß der Bundespostminister sich in dieser Legislaturperiode verstärkt für mehr Handlungsspielraum und größere Freiheitsgrade im beamtenrechtlichen Instrumentarium, insbesondere beim Stellenplan und bei besoldungsrechtlichen Vorgaben, einsetzen will. Die VHP hat im übrigen diese Forderung schon seit Jahren erhoben, besonders intensiv auf dem letztjährigen Delegiertentag in Karlsruhe.

Lassen Sie mich nun noch einige grundsatzliche Ausführungen zur Berufspolitik, dem zweiten wichtigen Standbein der Arbeit unserer Vereinigung, machen.

Hier finden die Feststellungen des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung, ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst sei Voraussetzung für die zuverlässige Erfüllung staatlicher Aufgaben, und der öffentliche Dienst müsse "wettbewerbsfähig sein, d. h. auch attraktiv für den qualifizierten Nachwuchs", natürlich unsere völlige Billi-

gung und Unterstützung.

Auch die Aussagen des Bundesministers des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann, bei der Tagung des Deutschen Beamtenbundes in Bad Kissingen am 12. 01. 87 (also kurz vor der Bundestagswahl) über eine "zukunftsorientierte Dienstrechtspolitik", die er in der neuen Legislaturperiode machen wolle, klingen natürlich sehr wohl und schön, fast wie Schalmaienklänge, in unseren Ohren, insbesondere daß er dort erklärt hat, "eine sachlich gebotene strukturelle Weiterentwicklung des Besoldungsrechts sei weitgehend unterblieben" und deshalb "müßten jetzt Erneuerungsarbeiten Schritt für Schritt in Angriff genommen werden". Unseren besonderen Beifall findet selbstverständlich auch sein Zusatz, insbesondere die Bewertung der Amter und die Absenkung der Eingangsbesoldung gehörten

zu den wichtigsten noch ungelösten Problemen, die in einem "Operationsplan" angegangen werden müßten.

Insbesondere die Absenkung der Eingangsbesoldung und die Kürzung der Anwärterbezüge gehören u. E. in der Tat zu den ungerechtfertigten Spareingriffen, die von der Bundesregierung baldigst wieder rückgängig zu machen

Herr Zimmermann hat bereits 1984 erklärt, daß die abgesenkte Eingangsbesoldung keine "Ewigkeitsentscheidung" sei, und er hat 1985 in Bad Kissingen von einer "Rückkehr zur Normalität in der Besoldung" und von einer "Wendemarke" in der Sparpolitik gesprochen. Ferner hat er wiederholt erklärt, daß bei einer Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Rücknahme dieser Sparmaßnahme in Betracht komme. Er darf es aber nicht Jahr für Jahr bei seinen Reden in Bad Kissingen nur bei Ankundigungen lassen, sondern muß dem endlich Taten folgen lassen. Aus Kreisen seiner politischen Gegner ist der Bundesinnenminister in den letzten Jahren oft als "Ankündigungsminister" bezeichnet worden, sicherlich vielfach zu Unrecht. Er läuft aber langsam Gefahr, sich tatsächlich diesem Vorwurf auszusetzen, wenn er in Sachen Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung nicht bald initiativ wird. Dem kann er am ehesten entgehen, wenn er in dem vom Bundestag angeforderten und in Kürze von der Bundesregierung vorzulegenden Bericht zur Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechts, der ja schon überfällig ist, konkrete Vorstellungen zur Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung entwickelt und sich dabei auch einmal gegenüber dem Finanzminister durchsetzt.

Ich darf auch alle im Bundestag vertretenen Parteien daran erinnern, daß sie in ihren Stellungnahmen zu Problemen des öffentlichen Dienstes vor der Wahl versprochen haben, die Absenkung der Eingangsbesoldung in der kommenden Legislaturperiode rückgangig zu machen oder zumindest abzumildern (et-

wa durch Verkürzung der Dauer), wobei eine der Koalitionsparteien sogar expressis verbis ausgesagt hat, die erforderlichen Schritte dazu sollten schon zu Beginn der neuen Legislaturperiode ergriffen werden. Wir gehen davon aus, daß das Vertrauen, das unsere jungen Kolleginnen und Kollegen in die Zusicherungen der Parteien setzen, nicht bitter enttäuscht wird.

Daß die 1983 allein aus fiskalischen Gründen eingeführten Absenkungsregelungen zu einer ungerechtfertigten Nivellierung und zu einer Verzerrung des Besoldungsgefüges geführt haben, wird heute kaum noch bestritten. Die mit der Absenkung erzielten Einsparungen stehen auch in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den die Deutsche Bundespost durch die Nichteinstellung von qualifizierten Fernmeldeingenieuren in ihrer Leistungsfähigkeit erleidet. Die Aussage des Bundeskanzlers, daß der öffentliche Dienst wettbewerbsfähig, d. h. auch für qualifizierte Bewerber attraktiv sein musse, ist für den gehobenen und höheren fernmeldetechnischen Dienst der DBP heute schon in Frage zu stellen. Es ist ein Unding, der DBP eine Schlüsselfunktion auf dem Gebiet der Telekommunikation zuzuweisen und ihr dann die entsprechende Personalausstattung zu versagen. Angesicht der demographischen Entwicklung wird es dem öffentlichen Dienst auch in anderen Bereichen bald schwerfallen, die aus Altersgründen ausscheidenden Beamten durch qualifizierte Kräfte zu ersetzen. Wenn wir die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes nicht verschlechtern wollen, zum Nachteil des Bürgers und der Allgemeinheit, dann ist es ein Gebot der Stunde, die Anfangsbezahlung der Beamten wieder attraktiver zu gestalten.

Ich bin es unseren jungen Mitgliedern schuldig, meine Damen und Herren, zum Schluß meiner Ausführungen das Forum dieser Eröffnungsveranstaltung unseres Delegiertentages dafür zu nutzen, um einen öffentlichen Appell an alle Verantwortlichen in Politik und Verwaltung zu richten:



Oberbürgermeister Norbert Burger



Staatssekretär Dr. Winfried Florian



Bundestagsabgeordneter Gerhard O. Pfeffermann

Nehmen Sie bitte die leistungsfeindliche Absenkung der Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst und die Kürzung der Anwärterbezüge im Interesse der Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Deutschen Bundespost und des öffentlichen Dienstes insgesamt so bald wie möglich zurück.

Eine alte aber immer wieder junge Stadt

Im Namen des Rates und der Verwaltung eröffnete der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Norbert Burger, die Reihe der Grußworte. Es sei eine gute Entscheidung gewesen, in Köln zu tagen, auch wenn diese Entscheidung etwas lange gedauert habe. Köln sei schließlich 2000 Jahre alt und habe besonders auf den Gebieten der Kunst und Kultur viel zu bieten. In dem Kölner Menschenschlag hätten Prediger, Plünderer und siegreiche Heere ihre Spuren hinterlassen.

Herr Burger wünschte dem Delegiertentag einen guten Verlauf in der Hoffnung, daß die DBP in Köln immer vorne weg sei.

Bereitschaft zur intensiven Diskussion

Freude über die Feststellung, daß es eine Selbstverständlichkeit für ihn sei, auf den Delegiertentagen dabei zu sein, gab Staatssekretär Dr. Winfried Florian in seinem Grußwort zu erkennen. Zwar gäbe es viel zu sagen, aber im Hinblick auf den morgigen Besuch des Ministers möchte er sich doch nur auf eine kurze Grußadresse beschränken.

Er habe die Anträge der VHP sorgfältig studiert. Die deutlich zunehmende Aufgeschlossenheit der Vereinigung für die Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens habe für ihn einen hohen Stellenwert.

Da er an allen Sitzungen der Regierungskommission Fernmeldewesen teilgenommen habe, wisse er, daß sich die gezielten, einseitigen und falschen Veröffentlichungen als eine Kritik gegen die Deutsche Bundespost richten. Er begrüßte daher die Absicht der VHP, sorgfältig zu prüfen, ob Veränderungen zwingend notwendig seien, und bot seine Bereitschaft an, mit dem Bundesvorstand so früh und so lange wie möglich alles zu diskutieren. Diese Äußerungen wurden mit lebhaftem Beifall bedacht.

Im Hinblick auf die berufspolitischen Fragen werde er mit dem Bundesfinanzminister und mit dem Bundesinnenminister Gespräche führen, auch wenn er vor übertriebenem Optimismus warne. Den Beratungen wünschte er einen guten Verlauf.

Selbstvertrauen und Mut

Auch der Bundestagsabgeordnete Gerhard O. Pfeffermann, der die Grüße der CDU-Fraktion übermittelte, hielt sich an die vorgegebenen fünf Minuten. Er versprach, sich weiterhin für die Aufhebung der Absenkung bei der Eingangsbesoldung einzusetzen. Er selbst sei ein Gegner dieser berufspolitischen Entwicklung gewesen. Er wies aber darauf hin, daß die DBP nicht für sich allein betrachtet werden dürfe.

Eine Forderung nach einer Einflußminderung anderer Ministerien auf das Unternehmen Deutsche Bundespost lasse sich sicherlich vor Postlern gut vertreten. Doch ständen auch andere, vielleicht weniger sympathische Alternativen im Raum. Immerhin habe die Deutsche Bundespost einen größeren Etat als das Land Nordrhein-Westfalen.

Er habe den Eindruck, daß sich bei einzelnen Führungskräften so etwas wie Mißstimmung und Depression verbreitet habe, wenn es um die Fragen der Zukunft für die Post gehe. Dies sei jedoch etwa im Vergleich mit der Stahlindustrie sicherlich nicht die richtige Einstellung. "Wo bleibt Ihr Selbstvertrauen? Die DBP hat Zukunftschancen!"

Den Erkenntnissen der Regierungskommission sehe er mit Interesse entgegen. Er sei bereit, mit den Sachkennern das Gespräch zu führen zum Nutzen der Kunden und zum Nutzen der Bediensteten. Man solle jedoch nicht mit konstruktiven Vorschlägen warten, bis die Ergebnisse der Kommission vorliegen. Der nötige Sachverstand dazu sei in diesem Raum reichlich vertreten. "Haben Sie den Mut dazu!"

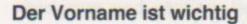
Keine Privatisierung

Als Nachfolger Paternas übermittelte der Bundestagsabgeordnete Arne Börnsen die besten Grüße der SPD-Fraktion. Obwohl er kein Beamter und kein Angehöriger der DBP sei, habe er entgegen den Presseberichten der letzten Wochen den Eindruck, daß die DBP leistungsstark und wirtschaftlich gesund sei und eine internationale Spitzenstellung einnehme. Die SPD vertrete die Meinung, daß man die DBP nicht den freien Kräften des Marktes überlassen solle. Die Nachrichtenübermittlung sei eine staatsrechtliche Aufgabe. Er strebe eine intensive und offene Diskussion an, sobald die Vorschläge der Kommission vorliegen, im Sinne einer offensiven Dienstleistungs-

Er freue sich, daß die notwendigen Kontake für diese Diskussion hergestellt seien.



Präsident Dr. Franz-Josef Neuhoff



"Es ist schön und spannend hier zu leben. Wer das geistige und kulturelle Köln kennenlernen will, muß jahrelang schwer arbeiten. Das gilt auch für die Oberpostdirektion." Zu den verbandsund unternehmenspolitischen Problemen wollte der Präsident der Oberpostdirektion Köln, Dr. Franz-Josef Neuhoff nicht weiter Stellung nehmen. Er ging hingegen mit launigen Worten auf die historische Entwicklung der Stadt Köln ein und erwähnte, daß die Oberpostdirektion einen langen Weg innerhalb dieser Stadt beschritten habe, einst gelegen bei den Wohlgerüchen des Hauses 4711, dann zu der geheiligten Umgebung der Dominikaner gezogen, sie sei jetzt verteilt auf viele Stellen in nüchternen Zweckbauten. Ein neues OPD-Gebäude sei in der Planung.

Es sei ein Gerücht, daß der Präsident der jeweils herrschenden Partei angehören müsse. Aber sicher sei, daß nach vier Präsidenten mit dem Vornamen Josef auch der nächste Präsident den Vornamen Josef (oder Jupp) haben müsse oder im Falle einer Präsidentin als Variante Josefine.

Er wünschte der Tagung einen guten Verlauf.

Der festliche Höhepunkt

Nach einem Dank für die Grußworte und für das Angebot des Staatssekretärs Dr. Florian leitete der stellvertretende Bundesvorsitzende der VHP, Manfred Jeromin, über auf den Festredner Prof. Dr. Gert Rürup von der TH Darmstadt. Wir haben die ausführliche Veröffentlichung dieses Festvortrags, der unter dem Thema: "Gesellschaftliche und ökonomische Wirkungen des Fort-



Eine echte Kölsche Gruppe

schritts der Technik" stand, dem nächsten Heft vorbehalten.

Umrahmt wurde die gesamte Veranstaltung durch einen musikalischen Auftakt und Ausklang des Blech-Blasensembles "Musica Villa Duria" der Musikschule Düren. Mit lebhaftem Beifall bedankten sich die Zuhörer bei dieser engagierten Gruppe.

Ein kleiner Empfang des Bundesvorstandes im Foyer schloß die gelungene Festveranstaltung ab.

Kölnische Lieder bei Kölsch und Wein

Eigentlich bedeutet es Eulen nach Athen zu tragen, wenn die gute Gastfreundschaft und hervorragende Organisation des Fernmeldeamtes 2 in Köln unter der Leitung von Herrn Bublitz an dieser Stelle wieder gelobt werden muß. Unzählige Male war der Bundesvorstand schon Gast in diesem Amt. So war auch der offizielle Begrüßungsabend wieder ein voller Erfolg. Neben einer vorzüglichen Bewirtung wurde den Delegierten durch eine Darbietung einer echten Kölschen Gruppe ein Nachgeschmack auf das urwüchsige Karnevalstreiben geliefert. Die "Paveier", auf Hochdeutsch "Straßenpflasterer" brachten eine bunte Palette heiterer und besinnlicher flotter Lieder. Noch klingt es im Ohr: "Mei Iglu

Die Arbeitstagung beginnt

met!"

"Ich hoffe, daß auch Ihr Iglu brennt!" Mit dieser Anknüpfung an den fröhlichen Abend begann Herr Paffen die zweitägige offizielle Arbeitstagung am 7. und 8. Mai 87. Er begrüßte die zahl-

brennt" und "Mir nemme de Dom

reichen Präsidenten, die Herren Kutz, Kuhl, Albensöder, Goedecke, Dr. Böhm, Pfister und die Vertreter des BPM, Frau Dr. Reiche, die Herren Hustedt, Dr. Hofmann, Dr. Reinfeld, Hesse, Lange, Lampe, Tenzer, die an diesen beiden Tagen intensiv an der Arbeitssitzung teilnahmen. Auch Herr Bernrath war wenig später dabei, soweit es seine Zeit zuließ.

Ein besonderer Gruß galt den ausländischen Gästen, an der Spitze der österreichischen Delegation sowie dem Präsidenten der FEFAS, Monsieur Jean-Claude Rauch, aus Lyon, der am zweiten Arbeitstag teilnahm.

Der Vorsitzende der österreichischen Vereinigung, Herr F. H. Mahowsky, überbrachte die Grußworte seines Heimatlandes und überreichte dem Vorstand einige Gastgeschenke. Die Uhren gingen in Osterreich zwar anders, die Probleme seien in abgewandelter Form jedoch gleich. Zu den Organisationsänderungen gab er einen Ausspruch Kaiser Franz Joseph's wieder, der einst seiner Reformkommission die Anweisung gegeben hatte: "Ja, ja, tut's nur best reformieren; aber schaut's, daß sich ja nichts ändert." Aus der Fülle der intensiven Arbeit sollen an dieser Stelle in erster Linie die Arbeitsergebnisse, die Beratungen über die Anträge und die wesentlichen Grundsatzerklarungen wiedergegeben werden.

Den ausführlichen Rechenschaftsbericht geben wir an anderer Stelle in diesem Heft wieder, die Rechenschaftsberichte der übrigen Vorstandsmitglieder sowie die Ministerrede und die Podiumsdiskussion, die den Vormittag des zweiten Tages erfüllte, haben wir für das nächste Heft reserviert.

Kurz erwähnt werden soll allerdings die



Die österreichische Delegation

Grundsatzerklärung von Frau Dr. Astrid Reiche, die als Frauenbeauftragte im BPM in der Abteilung 3 eingesetzt wurde. Auch wenn weitgehend vielleicht die Meinung bestünde, daß Gleichberechtigung bei der Post gut vertreten wird und daß man keine Feministin braucht, so müsse man sich doch entsprechend der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl weiterhin intensiv für diese Gleichberechtigung einsetzen. Wichtigste Punkte seien daher die Stellung der Frau im höheren Dienst und die Zusammenarbeit mit den Frauen im Betrieb. So sei der Anteil der Frauen im höheren Dienst von 2,6 % (vor 10 Jahren) auf rd. 5 % gestiegen. Bei den Einstellungen des letzten Jahres lag der Anteil der weiblichen Bewerber teilweise sogar erheblich höher.

Frau Dr. Reiche wies noch einmal auf eine im April 1986 erschienene Richtlinie für die berufliche Förderung der Frauen in der Bundesverwaltung hin und bat die Delegierten, diese Richtlinie nicht unbedingt in der Schreibtischschublade verschwinden zu lassen, sondern sie auch anzuwenden. Mit einem Appell zur Unterstützung bei ihren Aufgaben schloß sie ihre Ausführungen.

55 Anträge lagen auf dem Tisch

Die Beratung und die Beschlußfassung über die vorliegenden Anträge nahmen während der beiden Tage einen breiten Raum ein. Einzelne Punkte wurden dabei intensiv diskutiert. Zwar wurden manchmal unterschiedliche Standpunkte vertreten, jedoch war jeder bereit, auch die Meinung des anderen anzuhören und in seine Überlegungen aufzunehmen.

Die einzelnen Punkte, in denen die Anträge zusammengefaßt waren, wurden in unterschiedlicher Reihenfolge erledigt, da die Anwesenheit der jeweiligen BPM-Vertreter und die eingestreuten



Frauenbeauftragte Dr. Astrid Reiche

Grundsatzvorträge, beispielsweise des Ministers, sowie die Podiumsdikussion hierbei im sachlichen Zusammenhang gesehen werden mußten. Im folgenden werden nun die Ergebnisse gebracht, wobei auf wesentliche Diskussionspunkte Bezug genommen wird.

Unternehmenspolitk

(Antrage 1–12)

Die Anträge 1, 3 und 4, die die allgemeine Unternehmenspolitik betreffen, wurden einstimmig angenommen. Lediglich beim Antrag 2, der sich für eine neue Unternehmenskonzeption einsetzte, mußte der Geschäftsführer eine Stimmenauszählung vornehmen: 121 Stimmen dagegen, 58 Stimmen dafür, 76 Stimmen Enthaltungen. Mit Einstimmigkeit, bzw. sehr großer Mehrheit (beim Antrag 6) wurden die Anträge 5-10 (Unternehmenspolitik F) und 11-12 (Unternehmenspolitik P) verabschiedet.

Stellenplan, Funktionsgruppen

(Anträge 13–17)

Für diesen Bereich wurden die Antrage

13-16 angenommen.

Allerdings wurde vom BPM auf die immer noch bestehenden Hemmnisse, wie beispielsweise das Stellenhebungs-

Schwarz-Schilling vor Vereinigung höherer Postbeamter: Post setzt auf technischen Ausbau und marktgerechte Angebote

Bundesminister Dr. Christian Schwarz-Schilling nahm heute in Köln vor dem Delegiertentag der Vereinigung der höheren Beamten der Bundespost zu den Zukunftsaufgaben und unter-

nehmenspolitischen Zielsetzungen der Bundespost Stellung.

"Die Bundespost wird den schon in der vergangenen Legislaturperiode eingeschlagenen Weg der Liberalisierung fortsetzen", betonte Schwarz-Schilling. Im nach wie vor defizitären Postwesen sei Rationalisierung unabdingbar, wenn nicht die wirtschaftliche Disparität zwischen Post- und Fernmeldewesen weiter vergrößert werden solle. Dabei gehe es nicht um ein Gesundschrumpfen oder die Aufgabe von Märkten. Vielmehr wolle die Bundespost durch kundennahe Angebote und Kostenbeschränkungen die "gelben" Dienste stärken.

Im Fernmeldewesen habe die Mikroelektronik die Voraussetzung für den Ausbau der Massenund Individualkommunikation geschaffen. "Aufgabe der Bundespost ist es nun, Struktur und Organisation des Fernmeldewesens so zu gestalten, daß Wachstum und Dynamik der Telekommunikationsmärkte optimale Bedingungen erhalten," sagte Schwarz-Schilling. Nur so seien die großen Wachstumspotentiale sinnvoll auszuschöpfen und langfristig Arbeitsplätze im Unternehmen und auch in der Wirtschaft zu sichern. Die Bundespost folge damit den Zielvorgaben der Bundesregierung, den technischen Fortschritt zu fördern und gleichzeitig die soziale Marktwirtschaft zu unterstützen.

Nach den grundsätzlichen Weichenstellungen der letzten Jahre werde die Bundespost den Ausbau der ISDN-Netze, der Satellitentechnik und des Breitbandvorläufernetzes in Glasfaser konsequent fortsetzen. Weiter müsse die technologische Entwicklung in neuartige preiswerte Telekommunikationsformen umgesetzt und die Standardisierung von Fernmeldediensten mit dem Ziel der offenen Kommunikation für eine neue Generation von digitalen Fernmeldediensten fortgeführt werden. Die Nutzungsbedingungen für die Fernmeldedienste sollen im Einklang mit der wachsenden technischen Leistungsfähigkeit der Fernmeldeinfrastruktur weiterentwickelt werden.

Um die anstehenden Aufgaben erfüllen zu können, brauche die Bundespost mehr Handlungsspielraum im Personalbereich. "Dazu gehören sowohl eine größere – auch finanzielle – Flexibilität bei der Gewinnung von qualifiziertem Personal als auch mehr Spielraum für leistungsfördernde Steuerungselemente", sagte Schwarz-Schilling abschließend.

Resolution zur Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung

Die Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost hat in der Vergangenheit immer wieder auf die negativen Folgen der Absenkung von Eingangsbesoldung und Anwärterbezügen im höheren und gehobenen Dienst hingewiesen. Der anerkannt hohe Leistungs- und Qualitatsstandard sowie das Innovationstempo von Post- und Fernmeldewesen in der Bundesrepublik Deutschland können nur gehalten werden, wenn es gelingt, den Personalfehlbestand bei der Deutschen Bundespost abzubauen und im erforderlichen Umfang Nachwuchskräfte zu gewinnen. Genau das war aber in den vergangenen Jahren, insbesondere in Berufen mit Ingenieurausbildung, trotz eines interessanten Arbeitsplatzangebots angesichts der geschwundenen finanziellen Attraktivität des Arbeitgebers Deutsche Bundespost nicht mehr möglich.

Deshalb plädiert auch Bundespostminister Dr. Christian Schwarz-Schilling nachdrücklich für eine baldige Rücknahme der Absenkung. Die Übertragung der wichtigen Aufgaben im Telekommunikationsbereich an die Deutsche Bundespost setze voraus, daß sie dem durch eine entsprechende personelle Ausstattung überhaupt

gewachsen sei.

Auch Bundeskanzler Kohl hat in seiner Regierungserklärung ausgeführt, der öffentliche Dienst müsse "wettbewerbsfähig, d. h. auch attraktiv für den qualifizierten Nachwuchs" sein.

Es wird heute kaum noch bestritten, daß die 1983 allein aus fiskalischen Gründen beschlossene Absenkung zu einer ungerechtfertigten Nivellierung und zu einer Verzerrung des Besoldungsgefüges geführt hat.

Der Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann hat in seiner Rede bei der beamtenpolitischen Tagung des Deutschen Beamtenbundes am 12. 01. 1987 in Bad Kissingen erklärt, daß die abgesenkte Eingangsbesoldung zu den ungelösten Problemen gehöre, die nun Schritt für Schritt in Angriff genommen werden müßten. An seine frühere Aussage, die Absenkung der Eingangsbesoldung könne bei fortschreitender Konsolidierung der Haushalte keine Ewigkeitsentscheidung sein, wird erinnert.

Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben in ihren Stellungnahmen zur Bundestagswahl zu Schwerpunktthemen des öffentlichen Dienstes erklärt, daß in dieser Legislaturperiode die Kürzung der Eingangsbesoldung und Anwärterbezüge rückgängig gemacht bzw. abgemindert

werden soll.

Nach alledem ist es ein Gebot der Stunde, diese leistungsfeindlichen Sparmaßnahmen im Interesse der Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Deutschen Bundespost und des öffentlichen Dienstes so bald wie möglich zurückzunehmen. verbot hingewiesen. Auch wenn wir eine entsprechende Funktionsgruppenregelung bekämen, sei nicht sicher, daß sie auch angewendet wird. Zumindest sei sie in den nächsten 2—3 Jahren nicht realisierbar.

Zum Antrag 17 (Beförderungs- und Verwendungsstau) fand eine intensive Diskussion statt. Nicht die Überalterung allein, sondern auch die Mobilität und die Leistungsstärke müßten dabei berücksichtigt werden. Dies führte zu einer leicht veränderten Formulierung des Antrags, der dann mit großer Mehrheit seine Zustimmung fand.

3 Aufhebung der Absenkung der Eingangsbesoldung

(Anträge 18–22)

Nach lebhafter Diskussion wurde mit großer Mehrheit die nebenstehende Resolution als Ergebnis der Anträge 18-22 verabschiedet.

4 Nachwuchs höherer Dienst (Anträge 23-24)

Der Antrag 23 mit kleinen Änderungen und der Antrag 24 fanden einstimmig den Beifall der Delegierten.

5 Aufgabenorientierte Bedarfsanpassung (Anträge 25-36)

Die Anträge 25 und 26, mit großer Mehrheit bzw. einstimmig angenommen, deckten die Anträge 27-30 sowie 34 und 36 voll ab.

Beim Antrag 32 (Aufgabenorientierte Bedarfsanpassung des höheren Dienstes bei den Fernmeldeämtern), der eine große Mehrheit fand, wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, daß zahlenmäßig für den gehobenen Dienst nur geringe Nachteile zu erwarten seien.

Der Antrag 33 (Abteilungsleiter 1 bei den Fernmeldeämtern), der einigen Zündstoff enthielt, wurde einstimmig als Material an den Bundesvorstand überwiesen.

Die Forderung nach einem hauptamtlichen Untersuchungsführer (Antrag 35) fand bei den Delegierten große Zustimmung. Durch die Disziplinverfahren sei eine starke Belastung bei den Kollegen festzustellen. "Fangt doch hiermit an! Es gibt dafür gute Gründe!", war ein Argument des Bezirksvereins Koblenz. Dagegen gaben die Vertreter des BPM zwar eine Bereitschaft zur Prüfung dieses Antrags zu erkennen; sie wiesen aber darauf hin, daß es ein schwieriger und langwieriger Prozeß sei.

Der Antrag 35 wurde einstimmig angenommen.

6 Bewertung (Anträge 37–47)
Für eine Bewertung großer Ämter nach
B 2, so wurde vom BPM unter Hinweis
auf das Stellenhebungsverbot betont,
solle man sich keinen großen Illusionen
hingeben. Zudem müsse das Besoldungsgesetz geändert werden. Antrag
37 wurde einstimmig angenommen;
damit war auch der Antrag 38 abgedeckt.

Die Dp-Bewertung der Amtsleitungen bei den Postämtern wurde durch den Antrag 39 a, der eine Neufestsetzung der Punktegrenzen bei den Postämtern (V) forderte, eintimmig angenommen. Damit waren die Anträge 39-47 erledigt.

7 Arbeitskreis für Beamte A 15

(Anträge 48-50)

Herr Dr. Hofmann erläuterte den vorgesehenen Arbeitskreis für Beamte A 15, der dem BPM die Möglichkeit geben solle, eine Entscheidung für die Besetzung höherer Dp zu ermöglichen. Es sei ein gegenseitiges Kennenlernen, eine Motivation, und es sei nicht beabsichtigt, darüber Aufzeichnungen zu führen oder gar eine Beurteilung abzugeben.

Zu diesen Arbeitskreisen soll in Kürze aufgerufen werden.

Die entsprechenden Anträge 48 und 50, die damit auch den Antrag 49 erledigten, wurden einstimmig angenommen.

8 Verschiedene Personalangelegenheiten (Anträge 51-53)

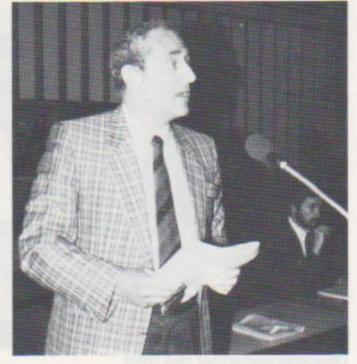
Antrag 51 (Einheitslaufbahn C/D-Dienst unerwünscht) wurde einstimmig angenommen, Antrag 52 (Streikrecht für Beamte) zurückgezogen und Antrag 53 (Rentenversicherung) als Material an den Bundesvorstand gegeben.

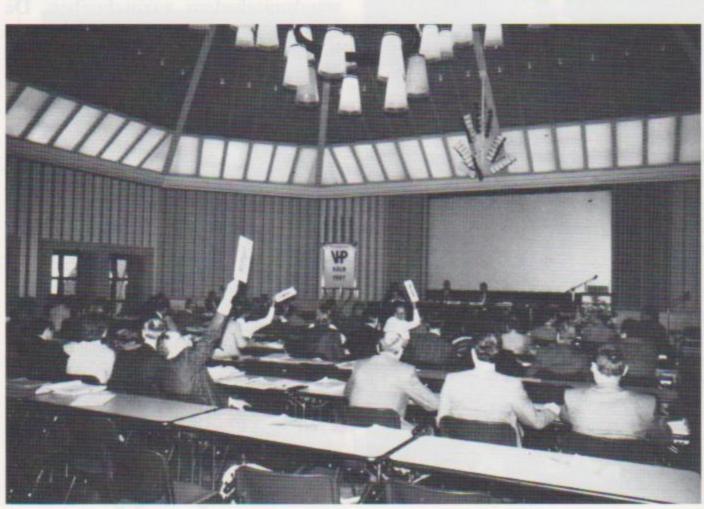
9 Delegation/DELKOS (Antrag 54) Auch der letzte Antrag, der nach Ein-

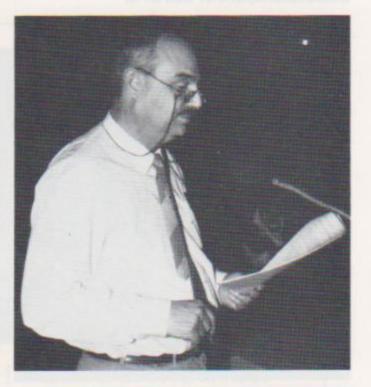
















Diskussionspartner des BPM



Diskussionspartner des BPM





Eine klare Mehrheit für Herrn Guthknecht

Herrn Hoffmann und dem Bezirksverein Köln ein herzliches Dankeschön!



führung von DELKOS auch eine Delegation entsprechender Aufgaben auf die Ämter forderte, fand einstimmig seine Annahme.

Kein Tagesordnungspunkt wurde ausgelassen

Nachdem auch der Kassenbericht unseres Kassenwarts Gunther Alterhage bestätigte, daß die finanzielle Seite gut gesichert sei und wir der Zukunft guten Mutes entgegen sehen könnten und nachdem auch die Kassenprüfung, wie Herr Marquardt vom Bezirksverein Darmstadt bestätigte, eine geordnete Kassenführung vorgefunden hatte, stand der Entlastung des Vorstandes nichts mehr im Wege.

Als Alterspräsident übernahm Herr Präsident a. D. Hermann Wißmann das Amt, die förmliche Entlastung zu beantragen. Nachdem er im letzten Jahr den Vorstand aus Versehen abgelöst habe, wolle er jetzt aus seiner Sicht für die geleistete Arbeit den herzlichsten Dank aussprechen. Die Teilnahme hochdotierter Gäste, vom Minister abwärts, sei als Erfolg der Vereinigung den Vorstandsmitgliedern zuzuschreiben. Da keine belastenden Gegenstimmen zu hören waren, wurde dieser Entlastung unter lang anhaltendem Beifall der Delegierten zugestimmt.

Herr Paffen bedankte sich beim Plenum für das Vertrauen und versicherte, ins letzte Jahr der Wahlperiode mit Engagement einzugehen.

Da aus dem Kreise der Beisitzer Herr Otto Barthel sein Amt, das er stets mit größtem Erfolg und persönlicher Begeisterung ausgeübt hatte, wegen schwerer Erkrankung aufgeben mußte, sah sich der Vorstand genötigt, einen neuen Vertrauensmann für die Angelegenheiten der Ruheständler zu wählen. Herr Guthknecht vom Bezirksverein Karlsruhe, der sich für dieses Amt zur Verfügung gestellt hatte, konnte bei der anschließenden Nachwahl eine überwältigende Mehrheit von 249 Stimmen bei 6 Enthaltungen entgegennehmen.

AUS DER ARBEIT DES BUNDES-VORSTANDES

Der Tagesordnungspunkt 7 - Verschiedenes - brachte keine weiteren Fragen.

So konnte zum Abschluß Herr Paffen dem Bezirksverein Köln und allen Beteiligten herzlich danken für diesen erfolgreichen Delegiertentag und auf die nächsten Delegiertentage 1988 in Koblenz, 1989 in Bremen und höchstwahrscheinlich 1990 in Regensburg so-

wie 1991 in Freiburg hinweisen.

Der Delegiertentag unter einem Dach schloß mit dem festlichen Gesellschaftsabend ab, bei dem das 1188-Ballett des FA Mönchengladbach eine gelungene Darbietung zeigte. Auch die Begleiterprogramme verliefen durch die ausgezeichnete Vorbereitung und Führung und begünstigt durch eine

nicht zu warme und überwiegend trokkene Witterung so programmgemäß, daß sie bei allen Teilnehmern in guter Erinnerung blieben.

Es war nur schade, daß manche Delegierte unter der Last der Verbandsarbeit nicht allzuviel Gelegenheit hatten, die Schönheiten der Stadt Köln intensiver genießen zu können.

Der Delegiertentag 87 ist zu Ende, die Vorbereitungen für den nächsten Delegiertentag sind bereits in vollem Gange. Auf Wiedersehen am 9.-11. Mai in Koblenz!

Horst Plath

Gespräch des BV mit der Abteilung 3 des BPM

Am 13, 04, 87 kam der Bundesvorstand (Paffen, Blankenstein, Ricke und Goldammer) mit der Abteilung 3 des BPM zu einem Gedankenaustausch zusammen. Die Abteilung 3 des BPM war durch den Abteilungsleiter, Herrn MinDir Freundlieb, und die Herren MinDirig Dreesmann, MinRäte Hustedt und Konradi sowie PDir Frost vertreten. Im wesentlichen wurden folgende Themen besprochen:

- Stellenplan 1987

- Ausschöpfen der Stellenober-

- Planstellenhebungsverbot



GESCHÄFTSBERICHT DES BV 05/86-04/87

- Funktionsgruppe für den höheren
- Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung
- Bewertung der Amtsleitungen der Postamter
- Aufgabenorientierte Bedarfsanpas-
- Einführung eines hauptamtlichen Untersuchungsführers
- Spitzenpositionen auf Zeit (öffentlich-rechtliche Amtsverhältnisse)
- Besetzung der Dienstposten der Leitenden Postbetriebsärzte; Erfordernis der Gebietsbezeichnung "Arbeitsmedizin" und die entsprechende Ermächtigung zur Weiterbildung.

Uber den Inhalt im einzelnen und über Ergebnisse dieses Gespräches gibt der in diesem Heft abgedruckte Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden

Auskunft.

Vergiß Leprakranke

Deutsches Aussätzigen-Hilfswerk e.V.

Spendenkonto: 9696

Postscheck Nürnberg (BLZ 760 100 85) Stadt. Spark. Würzburg (BLZ 790 500 00)

1 Bundesvorstandssitzungen

Der BV tagte im Berichtszeitraum viermal und zwar

am 20.06.86 und

am 16. 01. 87 in Dortmund, sowie

am 10. 10. 86 und

am 05./06. 05. 87 in Köln.

Außerdem gab es zahlreiche Besprechungen von Mitgliedern des Bundesvorstandes untereinander. Diese Besprechungen dienten der Abstimmung bestimmter Aktivitäten des BV, sowie der Vorbereitung von Gesprächen mit Außenstehenden und der Vorbereitung der BV-Sitzungen.

Schwerpunkte der BV-Sitzungen waren die jeweils aktuelle berufspolitische Analyse der Lage, die Planung von Aktivitäten sowie die Entgegennahme von 2 Berichten von Arbeitsgruppen des BV. Nicht zuletzt wurden in jeder Sitzung wichtige Festlegungen für den Delegiertentag 1987 in Köln getroffen.

2 Kontakt zu den BzV, Beiratssitzungen

Wichtigstes Bindeglied zwischen dem BV und den Bezirksvereinen zwischen den Delegiertentagen sind die beiden

Beiratssitzungen.

In der Herbstsitzung des Beirates am 10./11. 10. 86 in Köln wurde das Gremium durch Herrn MinR Dipl.-Ing. Tenzer über "Erfahrungen mit dem Fernmeldewesen in den USA" und durch Herrn Dipl.-Kfm. Ernst Eggers (Vorsitzender der Postkommission der F.D.P.) über "Post- und Fernmeldepolitik aus der Sicht der F.D.P." informiert. Schließlich wurde in der Beiratssitzung am 30./31. 01. 87 durch den Leiter der FuAk, Herrn APras Dipl.-Volkswirt Meinel über "Selbstverständnis und Mitwirkung der FüAk bei der Personalauswahl und Personalentwicklung" berichtet.

Neben diesen informativen Vorträgen steht die berufspolitische Arbeit im Mittelpunkt dieser Beiratssitzungen. Die Ergebnisse der beiden Arbeitsgruppen des BV wurden auch in diesem Gremium ausführlich diskutiert.

3 Gespräche des BV mit dem BPM Auch in diesem Berichtszeitraum fanden wieder wichtige Gespräche mit dem BPM statt und zwar am: 01. 07. 86 mit Sts Dr. Florian 16. 07. 86 mit der UAbt 21 09. 03. 87 mit dem Ref 311 (AbtL 3, UAbtL 31)

20. 03. 87 mit der Abt 5/UAbt 70

13. 04. 87 mit der Abt 3 Außerdem wurden durch verschiedene Mitglieder des BV wieder Einzelgespräche mit Referaten des BPM geführt.

4 Gespräche des Bundesvorstandes

4.1 mit Gewerkschaften am 11. 11. 86 mit dem HV der DPG

4.2 mit Berufsverbänden am 16. 10. 86 mit der Postgilde am 09. 01. 87 mit dem VDPI

4.3 mit politischen Parteien am 26. 06. 86 mit der Fraktion der CDU/CSU

5 Sonstige Veranstaltungen

29. 10. 86 im Rahmen der AhD Gespräch mit dem Leiter der Dienstrechtsabteilung beim BMI

15./16. 11. 86 Wochenendseminar "Rentenpolitik 1986"

22. 11. 86 Veranstaltung der Grünen im Bundestag "Neuorientierung der Postpolitik"

04. 03. 87 "Berufspolitischer Aschermittwoch" in Bonn mit Vertretern aus Bundesministerien und Landesvertretungen auf Einladung der AhD

6 Sitzungen der AhD

Die VHP nimmt regelmäßig an den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der Verbande des höheren Dienstes (AhD)

7 Arbeitsgruppen des BV

Die Namen der Leiter der ArbGr sind jeweils in Klammern vermerkt

7.1 Die ArbGr hat ihre Arbeit abgeschlossen:

- Stellungnahme zu Gutachten Knight Wendling, Teil VI: Führungsorganisation (Jeromin)

RECHENSCHAFTS-**BERICHT 1986/1987**

- Aufgabenorientierte Bedarfsanpassung (Radtke)

7.2 Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe wird fortgesetzt:

- Gleichmäßige Laufbahnexspektanzen (Schwarzkopf)

8 Besonders wichtige Schreiben des BV

8.1 Zur Einbeziehung des höheren Dienstes in die Funktionsgruppenregelung

08. 04. 86 an BMI, Schreiben blieb ohne Antwort

04. 07. 86 Die VHP veranlaßt die AhD zu einem entsprechenden Schreiben 03. 12. 86 an BMI, da inzwischen die 3. AndVO zur FGrVO verordnet wurde

8.2 Zur Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung und zum Jahresgutachten 85/86 des Sachverständigenrates

20. und 26. 05. 86 Resolutionen des DT 86 an zuständige Ministerien, Fraktionen des BT, BT-Ausschüsse, Post-VR und Gewerkschaften

8.3 Anwärtersonderzuschläge 03. 07. 86 an BMI und BMF

9 Schlußbemerkung

Die thematischen Schwerpunkte unserer berufspolitischen Arbeit sowie zahlreiche Einzelheiten - insbesondere zum oben angeführten Schriftwechsel - sind wiederum den VHP-Zeitschriften 4/1986 ff zu entnehmen. Wolfgang Blankenstein

Wie bereits im vergangenen Jahr hat der geschäftsführende Bundesvorstand den Rechenschaftsbericht aufgespalten in einen vom Bundesgeschäftsführer schriftlich erstatteten Geschäftsbericht, der Auskunft gibt über die formalen Daten der internen Verbandsarbeit und die Aktivitäten des BV (Gespräche, Schriftwechsel, Arbeitsgruppen usw.), und den eigentlichen Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden, den ich Ihnen jetzt für die Zeit seit dem letzten Delegiertentag in Karlsruhe erstatten möchte und der sich mit der berufspolitischen Situation unseres Berufsstandes sowie der unternehmenspolitischen Arbeit der BV beschäftigt. Er könnte somit auch als Bericht zur Lage überschrieben werden.

Dem Geschäftsbericht - wie auch unseren Veröffentlichungen in der VHP-Zeitschrift unter der Rubrik "Aus der Arbeit des Bundesvorstandes" - konnten Sie entnehmen, daß der BV auch im vergangenen Berichtsjahr eine Fülle von Gesprächen mit Vertretern des BPM (u. a. mit Staatssekretär Dr. Florian), mit Bundestagsabgeordneten, im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes (AhD) auch mit leitenden Beamten anderer Bundesministerien sowie mit Gewerkschaften und anderen Verbänden geführt hat. Ich werde bei den einzelnen Themen meines Rechenschaftsberichtes auf diese Gespräche sowie auf den umfangreichen Schriftwechsel, den der BV mit den oben bezeichneten Stellen geführt hat, noch zurückkommen.

Unterteilen möchte ich meinen Bericht in zwei große Gebiete, nämlich die Berufspolitik und die Unternehmenspoli-

Berufspolitik

Beginnen möchte ich - wie in den vergangenen Jahren - mit der Wahrnehmung der berufspolitischen Interessen unserer Laufbahngruppe und unseren Bemühungen, die diesbezüglichen Beschlüsse des Delegiertentages 1986 in die Tat umzusetzen.

Da die speziellen dienst- und besoldungsrechtlichen Regelungen für die Laufbahngruppen des höheren Dienstes eingebettet sind in das allgemein für alle Beamten geltende öffentliche Dienstrecht, ist es angebracht, zunächst einen kurzen Lagebericht zur Berufspolitik des öffentlichen Dienstes allgemein zu geben, bevor ich dann auf die speziell unseren Berufsstand betreffenden Probleme eingehe.

Allgemeine Lage des öffentlichen **Dienstes**

Leider sind die Verbesserungen für den öffentlichen Dienst, die es zum 01. 01. 1986 nach den einschneidenden Spareingriffen der Jahre 1982-1984 erstmals durch das "4. Gesetz zur Anderung besoldungsrechtlicher Vorschriften" für die unteren Besoldungsgruppen und Kinderreichen wieder gab, im abgelaufenen Berichtsjahr nicht fortgesetzt worden. Die Bundesregierung ist der Versuchung widerstanden, kurz vor der Wahl noch Wahlgeschenke an den öffentlichen Dienst zu verteilen. Sie war der Meinung, daß mit dem eben genannten Besoldungsstrukturgesetz der dringendste Anderungsbedarf erfüllt worden sei.

Man spricht in der Politik so viel von der Wende des Jahres 1982. Wir brauchen auch in der Berufs- und Besoldungspolitik eine Wende. Der Bundesinnenminister sprach ja schon 1985 ebenfalls von einer "Wendemarke" in der Sparpolitik. Diese Wende ist zwar durch die eben von mir angedeuteten Verbesserungen eingeleitet worden, vollzogen ist sie aber noch lange nicht. Vollzogen ist diese Wende für uns erst dann, wenn auch weitere Spareingriffe, insbesondere die ungerechtfertigte Absenkung der Eingangsbesoldung, wieder rückgangig gemacht werden. Es sei denn, Herr Zimmermann ist unter die Segler gegangen. Wenn Sie nämlich eine Segler fragen, was eine Wende ist, so antwortet er: Mit neuem Kurs zum alten Ziel.

-2T-AHUMMISBERICHT T8er\38edfenamme=186-04/87

Daß der öffentliche Dienst nicht mehr in erster Linie als Kostenfaktor verstanden, sondern in seiner Bedeutung als Instrument zur Erfüllung staatlicher Aufgaben anerkannt wird, zeigen sowohl die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 18. 03. 87 als auch die Rede des Bundesministers des Innern beim DBB in Bad Kissingen vom 12.01. 87. So hat der Bundeskanzler erklärt, daß ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst, der Voraussetzung für die zuverlässige Erfüllung staatlicher Aufgaben sei, wettbewerbsfähig sein müsse, d. h. auch attraktiv für qualifizierten Nachwuchs. Der Bundesminister des Innern räumte ein, daß in den letzten Jahren "die sachlich gebotene strukturelle Weiterentwicklung des Besoldungsrechts weitgehend unterblieben sei", was nachteilige Folgen für den öffentlichen Dienst gehabt habe. Deshalb müßten jetzt "Erneuerungsarbeiten Schritt für Schritt in Angriff genommen" werden ("Operationsplan"). Nur darf es bei diesen schönen Worten und Absichtserklärungen nicht bleiben, sondern es müssen jetzt schon am Beginn der neuen Legislaturperiode konkrete Konsequenzen aus diesen Zusagen und Absichten gezogen werden.

Um so bedauerlicher ist es, daß die Bundesregierung den schon im Herbst 1986 fälligen Bericht zur Weiterentwicklung des Dienstrechts, den der Bundestag bereits durch eine Entschließung vom 14. 11. 85 angefordert hat, bisher noch nicht vorgelegt hat. Von diesem Bericht erwarten wir, daß er ein zukunftsweisendes Konzept zur Fortentwicklung der Besoldungsstruktur enthält und die Grundlagen dafür legt, daß der öffentliche Dienst auch in den neunziger Jahren, wenn sich aufgrund der demographischen Entwicklung die Situation auf dem Arbeitsmarkt geändert haben wird, für qualifizierte Bewerber attraktiv ist. Eine glaubhafte berufliche Perspektive gehört im öffentlichen Dienst genau wie in der Wirtschaft zu den unverzichtbaren Leistungsanreizen. Werden diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist die Funktionstauglichkeit des öffentlichen Dienstes in Frage gestellt. Bestes Beispiel hierfür ist schon jetzt der besorgniserregende Fehlbestand an Ingenieuren bei der Post.

Wie aus dem Bundesministerium verlautet, soll ein Teil der Kosten für Strukturverbesserungen im öffentlichen Dienst durch eine für die kommenden Jahre sich abzeichnende Reduzierung des Personals gewonnen werden. Die aufgrund des Geburtenrückgangs rückläufige Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik müsse Auswirkungen auf den Anteil. der im öffentlichen Dienst Beschäftigten haben. Diese Auffassung vertrat auch der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner, in der Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Ob eine solche einfache Formel "weniger Bevölkerung = weniger Personal des öffentlichen Dienstes" angesichts der Aufgabenstruktur so ohne weiteres aufgeht, insbesondere für die Führungskräfte einer Betriebsverwaltung wie die Post, muß bezweifelt werden: Viele Aufgaben müssen sicher auch losgelöst von einer rückläufigen demographischen Entwicklung gesehen werden.

Lassen Sie mich nun schwerpunktmäßig auf die wichtigsten speziell den höheren Dienst tangierenden Themen der Berufspolitik, mit denen sich der Bundesvorstand beschäftigt hat, eingehen.

Absenkung der Eingangsbesoldung und der Anwärterbezüge

Wie Sie wissen, haben auch im abgelaufenen Berichtsjahr all unsere Bemühungen, durch Resolutionen und Schreiben an die zuständigen Stellen sowie durch Gespräche mit Vertretern des BMI und Politikern die Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung und der Anwärterbezüge zu erreichen, noch keinen Erfolg gehabt.

Eine gewisse Hoffnung gibt uns jedoch die Erklärung von Bundesinnenminister Zimmermann in seiner Bad Kissinger Rede, daß es sich bei der Absenkung der Eingangsbesoldung u. a. um ein un-

gelöstes Problem handele, das demnächst in Angriff genommen werden müsse. Nun darf Herr Zimmermann es nicht Jahr für Jahr bei Ankündigungen lassen – er bezeichnete ja bereits 1984 die Absenkung als keine "Ewigkeitsentscheidung" - sondern er muß auch Taten folgen lassen. Sonst läuft er Gefahr, daß die Worte des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung von der Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes, der auch für qualifizierte Bewerber attraktiv sein muß, vielen Postlern angesichts der großen Mangelsituation bei den Ingenieuren als blanker Hohn vorkommen müsse. Im übrigen haben auch alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien in ihren Aussagen vor der Wahl versprochen, daß in der kommenden Legislaturperiode die Absenkung der Eingangsbesoldung ruckgangig gemacht oder zumindest abgemildert werden soll (etwa durch Verkürzung der Dauer). Auch die Vertreter der die Koalition bildenden Parteien gestehen ein, daß diese Sparmaßnahme zu erheblichen Verzerrungen im Besoldungsgefüge geführt hat. Wir werden jetzt nach der Wahl die Parteien beim Wort nehmen müssen.

Wir bleiben bei unseren Feststellungen, die wir zu dieser Sparmaßnahme von Anfang an gemacht haben: Sie ist leistungsfeindlich, unnütz, demotivierend, hat mehr Schaden angerichtet als sie eingebracht hat und es ist funf vor 12, sie generell rückgängig zu machen. Ich bin allerdings skeptisch, ob das in der ersten Hälfte der Legislaturperiode gelingt, zumal es eine Vereinbarung in den Koalitionsverhandlungen gibt, die sog. Leistungsgesetze, ausgenommen die regelmäßigen Anpassungen (Beamte, Kriegsopfer usw.), in den nächsten zwei Jahren ausschließt. Wir müssen davon ausgehen, daß diese Koalitionsvereinbarung auch für Verbesserungen im öffentlichen Dienst gilt.

Ich darf zu diesem Thema abschließend betonen, daß das BPM sich alle erdenkliche Mühe gegeben hat, das BMI zur Rücknahme der Absenkung zu bewegen. Die großen Blockierer sind hier of-



fenbar der Bundesminister für Finanzen, der ja noch kein fertiges Konzept für die Finanzierung der Steuerreform hat, und die Länder, die durch die Absenkung bei den Lehrern am meisten

Wir werden aber in dieser Frage nicht locker lassen und erneut mit einer Resolution an die Verantwortlichen herantreten. Ich darf auch die Bezirksvereine bitten, sich mit Schreiben an die Abgeordneten und andere Politiker zu wenden. Wir dürfen hier nicht rasten und nicht ruhen, bis die Absenkung weg ist.

Anwärterzuschläge

Im Rechenschaftsbericht des vergangenen Jahres hatte ich Ihnen noch berichtet, daß der BMI auf Antrag des BPM bereit war, für die Laufbahn DFt wegen des großen Bewerbermangels Anwärtersonderzuschlage zu gewähren und diese Laufbahn in die entsprechende Verordnung zu § 63 BBesG aufzunehmen. Aber auch hier wurden unsere Hoffnungen enttäuscht und zerstoben wie Seifenblasen. Nach Einwendungen des Bundesministers der Finanzen wurde aufgrund einer Sitzung des Haushaltsausschusses des Bundestages der höhere Dienst aus dieser Verordnung wieder eliminiert und die Gewahrung dieser Zuschläge auf die Laufbahn CFt beschränkt. Unsere beim BMI und BMF schriftlich vorgetragenen Proteste hiergegen blieben erfolglos.

Dies hat zur Folge, daß nach Inkrafttreten dieser Verordnung am 01. 01. 87 die Anwärterbezüge CFt um bis zu 100,—DM höher liegen als diejenigen für Anwärter DFt. Es müßte eigentlich allen Verantwortlichen klar sein, daß dies für die Nachwuchsgewinnung qualifizierter Bewerber für den höheren fernmeldetechnischen Dienst negative Folgen haben wird. Schon aufgrund der Abstufung der Eingangsbesoldung fühlen

sich die Diplomingenieure in ihrem "Marktwert" von den öffentlichen Arbeitgebern nicht anerkannt. Diese negative Stimmungslage gegenüber einer Einstellung bei der DBP wird bei den qualifizierten Absolventen der wissenschaftlichen Hochschulen noch verstärkt, wenn den Abgängern der Fachhochschulen mit dem kürzeren und leichteren Studiengang höhere Anwärterbezüge gezahlt werden. Als Konsequenz dieser Verletzung ihres Selbstwertgefühls werden sie sich noch stärker den privaten Arbeitgebern zuwenden, die ohnehin wesentlich höhere Anfangsbzuge zahlen als der öffentlichen Dienst.

Hier zeigt sich – ähnlich wie bei der Absenkung der Eingangsbesoldung –, daß der Bundespostminister einen größeren Handlungsspielraum in besoldungsrechtlichen Fragen braucht, daß seine totale Abhängigkeit vom BMI und BMF gelockert werden muß. Sonst wird die DBP ihre Schlüsselfunktion auf dem Gebiet der Telekommunikation nicht mehr optimal erfüllen können.

In den letzten Wochen ist der Bundespostminister aus seiner bisherigen Reserve zu diesem Thema herausgetreten und hat in den "Unternehmenspolitischen Schwerpunkten der Deutschen Bundespost für die 11. Legislaturperiode" selbst mehr Spielraum beim Planstellenhaushalt und bei besoldungsrechtlichen Vorgaben gefordert (s. Welt vom 06. 04. 87). Sogar von einer Ausnahme von den Stellenobergrenzen gem. § 26 BBesG, von "leistungsfördernden Steuerungselementen" und von einer Besoldung nach Marktgesichtspunkten ist die Rede.

Stellenplan 1987

Einen etwas günstigeren Bericht kann ich zum Stellenplan 1987 für unsere Laufbahngruppe erstatten. Immerhin konnten im Haushalt der Außenverwaltung einschließlich der Zentralen Mittelbehörden insgesamt 80 zusätzli-

chen Planstellen mit 111 Beförderungsmöglichkeiten etatisiert werden, davon in der reinen Außenverwaltung (ohne ZMB) allein 40. Leider wurden diese 40 Planstellen nicht – wie im Vorjahr – nur in den Beförderungsämtern A 15, A 16 und B 2 ausgebracht, sondern kegelgerecht; d. h. 4 in A 16, 12 in A 15, 15 in A 14 und 9 in A 13. Damit sind die gesetzlichen Obergenzen für die Beförderungsämter im höheren Dienst (A 15, A 16 und B 2 = 40 v. H.) weiterhin nicht voll ausgeschöpft, sondern es bleibt in diesen Beförderungsamtern wie im Vorjahr bei einem Anteil von 39,1 v. H. Gleichwohl haben die zusätzlichen Planstellen in den BesGr A 15 und A 16 zu einer weiteren Verkürzung der Wartezeit, insbesondere bei Beförderungen nach A 15, geführt, wo die Wartezeit auf zumutbare 9 Monate geschrumpft ist. Eine volle Ausschöpfung des Stellenkegels kann wohl nur durch eine Aufhebung des Stellenhebungsverbots erreicht werden.

Eine zusätzliche Verkürzung der Wartezeiten wird sich durch die starken Altersabgänge in der Laufbahn der DP ergeben, so daß man hinsichtlich der Beförderungssituation durchaus optimistisch in die Zukunft blicken kann.

Leider weigerte sich der BMF, auch Verbesserungen im Teilhaushalt des Bundespostministeriums zuzugestehen, so daß hier die Kollegen, die auf Dienstposten A 15 und A 16 sitzen, sehr lange Wartezeiten von bis zu 5 Jahren hinnehmen müssen.

Funktionsgruppen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie die meisten von Ihnen wissen, haben wir uns bereits in den siebziger Jahren leidenschaftlich für die Einbeziehung des höheren Dienstes in die Funktionsgruppenregelung eingesetzt, die eine Überschreitung der Stellenobergrenzen des § 26 BBesG zuläßt und damit zu mehr Beförderungen führen würde. Leider ist das Bundesverfassungsgericht 1982 unseren rechtlichen Argu-

menten nicht gefolgt und hat den Ausschluß unserer Laufbahngruppe von der Funktionsgruppenregelung aufgrund des weiten Ermessensspielraums des Gesetzgebers als rechtmäßig und verfassungsgemäß angesehen. Obwohl wir schon damals betont haben, daß wir diesen Ausschluß gleichwohl als eine ungerechtfertigte Benachteiligung des höheren Dienstes gegenüber anderen Laufbahngruppen ansehen, haben wir uns in den Jahren nach der Entscheidung des Vorprüfungsausschusses des BVerfG aus taktischen Gründen Zurückhaltung auferlegt. Unter der Vorherrschaft der Sparpolitik und der Haushaltskonsolidierung schien es uns nicht opportun, dieses Thema in die Offentlichkeit zu tragen.

Nachdem die Besoldungspolitik sich nunmehr wieder in einem positiveren Fahrwasser befindet und im vergangenen Jahr zwei Änderungsverordnungen zur Funktionsgruppenverordnung für den gehobenen Dienst Verbesserungen gebracht haben, waren wir der Auffassung, hier wieder aktiv werden zu müssen. Auch im höheren Dienst sind die Anforderungen bei den Planungs- und Leitungsfunktionen gestiegen.

Mit Schreiben vom 08. 04. und vom 02. 12. 86 haben wir uns an den Bundesminister des Innern gewandt und die Einbeziehung des höheren Dienstes in die Funktionsgruppenverordnung gefordert, weil die "Zwangsjacke" der Stellenobergrenze eine anforderungsgerechte Bewertung und damit eine funktionsgerechte Besoldung (§ 18 BBesG) auch in unserer Laufbahngruppe behindert. Leider enthielt das Antwortschreiben des Staatssekretärs im BMI, Franz Kroppenstedt, für uns keine positiven Aspekte. Dabei gab man uns zu verstehen, daß es sich bei den beiden Anderungen der Funktionsgruppenverordnung, die 1986 beschlossen wurden, um eng begrenzte Maßnahmen handelt, nicht mehr aber um eine völlige Neurodnung der Funktionsgruppenverordnung. Auch ein Vorstoß über die

Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes blieb erfolglos.

Der Bundesvorstand wird gleichwohl diese Angelegenheit weiterverfolgen, zumal da auch die bei der Post vertretenen Gewerkschaften ausnahmslos unsere Forderung unterstützen und insbesondere der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in einem Schreiben vom 16. 09. 86 an den BMI eine Erweiterung der Funktionsgruppenverordnung gefordert und dabei konkrete Vorschläge für die Einbeziehung des höheren Dienstes bei Bundespost und Bundesbahn gemacht hat. Wir haben deshalb eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die konkret die Funktionen (AV und ausgewählte RefL bei den OPDn) umreißen soll, die in unserer Laufbahngruppe in die FGrVO einbezogen werden sollen.

Die Abteilung 3 des BPM hat uns in dem Gespräch vom 13. 04. 87 in Aussicht gestellt, ihre bereits 1979 vorgebrachte Forderung nach Einbeziehung des höheren Dienstes in die Funktionsgruppenverordnung noch in diesem Jahr beim BMI wieder vorzubringen.

Aufgabenorientierte Bedarfsanpassung

Einem Beschluß des Delegiertentages 1985 in Hamburg folgend hat der Bundesvorstand zu diesem Themenkomplex eine Arbeitsgruppe gebildet, die vom BV-Mitglied Radtke geleitet wurde und in der ferner die Kollegen Fischer (BV und BzV Hamburg) sowie Gundlach und Kortner (beide BzV Dortmund) mitarbeiteten. Diese Arbeitsgruppe hat im Sommer 1986 ihren Bericht vorgelegt, den wir dann im Herbst allen Bezirksvereinen zugeleitet und auf der Beiratssitzung Ende Januar dieses Jahres diskutiert haben. Sie stimmen sicher mit mir überein, daß die Arbeitsgruppe hervorragende Arbeit geleistet und unseren Dank verdient hat. Der Bericht dieser Arbeitsgruppe ist sozusagen als eine Fortschreibung der Studie anzusehen, die im Jahre 1979 eine vom BPM eingesetzte Arbeitsgruppe unter Leitung von VPräs Ecker, OPD Düsseldorf, zur Frage der Quantität der im Unternehmen DBP vom höheren Dienst wahrzunehmenden Aufgaben gefertigt hat. Das "Ecker-Gutachten" hatte mehr als 300 zusätzliche Arbeitsplätze für Beamte des höheren Dienstes für erforderlich gehalten. Davon ist in der Zwischenzeit auch eine ganze Reihe eingerichtet worden, das soll hier nicht verschwiegen werden.

Lassen Sie mich hier einmal einflechten, daß von 1980–1987 die Basis des höheren Dienstes um 729 (einschl. der Aufsteiger nach § 33 Abs. 3 BLV) ausgeweitet worden ist, das sind 33 v. H. Dies ist sicherlich den ständigen Bemühungen des BPM gegenüber dem BMF zu verdanken, ist aber nicht zuletzt auch ein Erfolg unseres unablässigen Bohrens in dieser Frage.

Die Mehrzahl der von der ArbGr Ecker vorgeschlagenen Funktionen ist aber noch nicht realisiert. Außerdem gibt es insbesondere aufgrund der technischen Fortentwicklung in unserem Unternehmen eine Reihe von zusätzlichen Aufgaben, die dem höheren Dienst zugänglich gemacht werden können. Viele Bezirksvereine haben – basierend auf diesem Bericht – Anträge gestellt. Wir werden bei der Diskussion dieser Anträge dieses Thema noch eingehend behandeln können.

Hauptamtlicher Untersuchungsführer

Hierzu hat das BPM aufgrund unserer Aktivitäten und eines Berichts der OPD Koblenz Erhebungen bei den Oberpostdirektionen angestellt. Die Auswertung dieser Erhebungen ist noch nicht abgeschlossen, so daß ich Ihnen hier noch kein endgültiges Ergebnis unserer Bemühungen unterbreiten kann.

Keine einheitliche Führungslaufbahn C/D im technischen Dienst

Am 09. 01. 87 führte der BV in Dortmund ein ausführliches Gespräch mit dem Bundesvorstand des Verbandes Deutscher Post-Ingenieure (VDPI). Dabei nahm die Forderung des VDPI nach einer einheitlichen Laufbahn für alle Hochschulabsolventen – sowohl von Fachhochschulen als auch von wissenschaftlichen Hochschulen (TU/TH) – mit einem einheitlichen Eingangsamt einen breiten Raum ein.

Wir haben der Begründung des VDPI für sein Laufbahnkonzept, nämlich, daß sich im Laufe der Jahre die Studieninhalte der Fachhochschulen so verbessert hätten, daß sie den Studiengängen der Technischen Hochschulen sehr stark angenähert seien, energisch widersprochen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß es sich bei den Abschlüssen des kürzeren, überwiegend praxisbezogenen Studienganges der Fachhochschulen und des längeren, überwiegend theoriebezogenen Studiums an den Technischen Hochschulen nach wie vor um unterschiedliche Bildungsabschlüsse handelt. Es entspricht folglich auch dem Grundsatz funktionsgerechter Besoldung, wenn das geltende Besoldungsrecht bei der Eingangsbesoldung an die erworbene Vorbildung anknüpft und ein höherer Bildungsabschluß auch zu einer höheren Einstiegsebene führt. Alles andere widerspricht dem Leistungsprinzip.

Der VDPI konzediert, daß ein einheitlicher Einstieg in die BesGr A 13 bei der Vielzahl der benötigten Ingenieure (allein bei der DBP ca. 18-19 000) nicht finanzierbar ist. Er wäre daher auch mit einer einheitlichen Einstiegsebene bei A 12 (oder gar A 11?) zufrieden. Hier zeigt sich aber die Gefährlichkeit dieses Laufbahnkonzepts, weil damit für die Absolventen der universitären Langzeitstudiengange die Eingangsbezahlung auf Dauer abgesenkt würde. Dies wird aber unweigerlich gerade gut qualifizierte Abgänger dieser Studiengange unter Berücksichtigung der wesentlich besseren Angebote aus der Privatwirtschaft von einem Eintritt in den öffentlichen Dienst abhalten.

Ich darf im übrigen darauf hinweisen, daß der Gesprächsverlauf unserer Begegnung mit dem Bundesvorstand des VDPI in der Zeitschrift dieses Verbandes (Heft 1/1987) insofern nicht ganz korrekt wiedergegeben worden ist, als dort angegeben wurde, wir hätten gegen eine schrittweise Annäherung der Eingangsämter der beiden Laufbahnen nichts einzuwenden gehabt.

Arbeitskreis für Beamte der BesGr A 15

Wie bei anderen Verwaltungen des Bundes und der Länder macht man sich im BPM Gedanken darüber, wie die allgemeine Karriereplanung für obere Führungskräfte verbessert werden kann. Man beabsichtigt, neben den bisherigen Personalsteuerungsinstrumenten ein weiteres Instrument in Form eines Arbeitskreises für Beamte der BesGr A 15 zu schaffen, der bei der Akademie für Führungskräfte stattfinden soll.

Über diese Planungen und Überlegungen ließ sich der Bundesvorstand Anfang März im BPM in einem Gespräch durch das zuständige Referat 311 informieren, und in der Beiratssitzung Ende Januar referierte der Leiter der FüAk, Herr Meinel, über die Ausgestaltung dieses Arbeitskreises.

Versorgung, Harmonisierung der Alterssicherungssysteme

In der gesetzlichen Rentenversicherung muß aufgrund der sich langfristig abzeichnenden finanziellen Probleme, vor der sie wegen der ungünstigen demographischen Entwicklung steht, in dieser Legislaturperiode des Bundestages eine Rentenstrukturreform in Angriff genommen werden. Dies hat auch Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung angekündigt. Während die Grünen und das Düsseldorfer Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (Gründer Kurt Biedenkopf) sich für eine steuerfinanzierte

Grundrente für alle einsetzen, plädieren die anderen im Bundestag vertretenen Parteien für eine Beibehaltung des bisherigen Versicherungssystems, das jedoch den Gegebenheiten der Zukunft

angepaßt werden soll.

Nun könnten Sie fragen, was interessiert uns Beamte die Rentenversicherung, wir haben doch unsere eigenständige Beamtenversorgung. Aber die meisten von Ihnen werden wissen, daß einer der Schwerpunkte dieser Rentenstrukturreform die Harmonisierung der Alterssicherungssysteme unter Einbeziehung der Beamtenversorgung sein wird. Deshalb mußte der Bundesvorstand sich auch mit den Problemen dieser Reform beschäftigen, und der Bundesvorsitzende nahm im November 1986 sogar an einem Wochenendseminar "Rentenpolitik 1986" teil.

Die Bundesregierung hat sich in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion des Bundestages zur Strukturreform der Alterssicherung zwar zur Erhaltung des gegliederten Gesamtsystems - also auch der eigenständigen Beamtenversorgung - bekannt (BT-Drucksache 10/6294), und Bundesinnenminister Zimmermann wird ebenfalls nicht müde, zum Ausdruck zu bringen, daß "eine sogenannte Harmonisierung der Alterssicherungssysteme, bei der die Beamtenversorgung zerschlagen werde, mit ihm nicht zu machen sei", weil Statusrecht und Versorgungsrecht eine untrennbare Einheit bilden. Wir sind da mit ihm vollig einer Meinung.

Im gleichen Atemzug sagt der Bundesinnenminister aber in seiner Bad Kissinger-Ansprache vom 12. 01. dieses Jahres auch, daß "sich der öffentliche
Dienst in seiner Gesamtheit, soweit es
um seine Alterssicherung geht, einer
Lösung der vor allem durch die ungünstig werdende Altersstruktur in den
nächsten Jahrzehnten entstehenden
schwierigen finanziellen Probleme
nicht verschließen kann". Bundesarbeitsminister Blüm drückt das in seiner
bekannt blumenreichen Sprache so aus:
"Wer glaubt, die Beamtenversorgung

könne eine Insel der Seligen bleiben, ist auf dem Holzweg". Im Klartext bedeutet dies: Verschlechterungen in der gesetzlichen Rentenversicherung, die bei einer Strukturreform so sicher wie das Amen in der Kirche sind, werden auch sinngemäße negative Konsequenzen in der Beamtenversorgung haben.

Da dies im Grunde kaum zu verhindern sein wird, kommt es darauf an, im Zusammenwirken mit der AhD und den Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß diese Einschnitte nicht zu tiefgreifend sein werden und zu verhindern, daß systemfremde Elemente, wie z. B. Heranziehen aller Beamten zu offenen Beiträgen zu ihrer Altersversorgung, in die Beamtenversorgung Eingang finden. Für eine solche Beitragsleistung hat sich der neue Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, der SPD-Abgeordnete und unser Kollege H. G. Bernrath, kürzlich gegenüber der FAZ ausgesprochen, wobei er allerdings auch erklärte, dafür sollten die Pensionen steuerfrei sein.

Unternehmenspolitik

Ich komme nun zum zweiten wichtigen Standbein unserer Arbeit, nämlich zur Meinungsbildung über Probleme unseres Unternehmens DBP, wo wir der Unternehmensleitung ein kritischer Gesprächspartner bei ihren Entscheidungen sein wollen. Ich darf dabei betonen, daß angesichts der öffentlichen Diskussion über die Zukunft der DBP, insbesondere über eine beabsichtigte Neustrukturierung unseres Unternehmens sowie über Privatisierungstendenzen, Liberalisierung und Deregulierung im Fernmeldewesen, die Unternehmenspolitik bei der Arbeit des BV kaum hinter den berufspolitischen Aktivitäten zurückgestanden hat.

Organisations- und Führungsstruktur bzw. Neustrukturierung der DBP

Bei der Stellungnahme, die der BV im

Januar 1986 zum Gutachten der Unternehmensberatungsfirma Knight Wendling zum "Strategischen Konzept für das Postwesen" abgegeben hatte, war das Teilgutachten VI, Organisations- und Führungsstruktur der DBP, zunächst ausgespart worden. Da aber gerade dieser Teil des sonst ja nicht überzeugenden Gutachtens uns als Führungskräfte besonders tangiert, haben wir dazu eine Arbeitsgruppe unter Leitung des stellv. Bundesvorsitzenden Jeromin eingerichtet, in der außerdem die Kollegen Blankenstein, Bock, Hoffman und Wehran mitgearbeitet haben. Wir haben die Stellungnahme dieser Arbeitsgruppe, der ebenfalls mein Dank gilt, im Oktober in Heft 4/1986 der VHP-Zeitschrift veröffentlicht und gleichzeitig dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen zugeleitet. Damit bezog die VHP - soweit ich sehen kann - von allen Berutsverbänden als erster zu diesem schwierigen Problemfeld detailliert Stellung, zu dem bisher auch nur wenige Meinungsäußerungen des BPM vorliegen. Der Herr Minister hat dem BV in einem von ihm persönlich unterzeichneten Schreiben für unsere Arbeit gedankt und seinen AbtL 5 beauftragt, mit uns Gespräche zu diesem Thema zu führen. Dieser Gedankenaustausch, in dem wir unsere Stellungnahme verdeutlichen konnten, hat inzwischen stattgefunden. Das BPM wird sich allerdings erst dann abschließend zur Organisations- und Führungsstruktur äußern können, wenn auch der Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen vorliegt. Überlagert wird die Diskussion über die Organisationsstruktur durch die Ankündigung des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung, daß das Post- und Fernmeldewesen nach der Vorlage der Empfehlungen der Regierungskommission Fernmeldewesen neu strukturiert werden soll. Dem Vernehmen nach wird aus Kreisen der Regierungskommission auch wieder das Modell einer Unternehmensverfassung belebt mit einer Trennung der politischen Aufsicht durch einen Minister und der unternehmerischen Leitung durch einen oder mehrere Vorstände etwa nach dem Muster der Deutschen Bundesbahn. Wir haben diese Vorstellungen in unserer Stellungnahme zum Gutachten Knight Wendling abgelehnt, weil wir der Auffassung waren, daß es unrealistisch ist zu glauben, daß ein so großer Wirtschaftsfaktor wie die DBP von politischen Einflüssen frei gehalten werden kann. Sollte die Regierungskommission solche Vorschläge machen, so werden wir sicherlich deren Argumente erneut zu überprüfen haben.

Ich wage allerdings die Behauptung, daß eine Neuorganisation der Post uns nur dann zu einer optimalen Erfüllung der schwierigen Aufgabe der Zukunft verhilft, wenn eine solche Neustrukturierung dazu genutzt wird, den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen von seinen engen Bindungen an den Finanz-, Innen- und Wirtschaftsminister stärker zu befreien.

Privatisierungstendenzen, Liberalisierung und Deregulierung im Fernmeldewesen

Eines der beherrschenden Themen der Unternehmenspolitik im Berichtsjahr war die immer heftiger und kontrovers geführte öffentliche Diskussion, ja, man kann fast sagen Rede- und Presseschlacht, um die zukünftige Ordnung des Fernmeldewesens in der Bundesrepublik Deutschland, die man auch mit den Schlagworten Privatisierungstendenzen, Liberalisierung, Deregulierung und Entmonopolisierung umschreiben kann. Die rasante technologische Entwicklung in den letzten Jahren hat weltweit zu tiefgreifenden Veränderungen der Telekommunikation geführt. In einigen Ländern wie Großbritannien, Japan und den Niederlanden sind das Post- und Fernmeldewesen getrennt und das Fernmeldewesen in private Hände überführt worden. Von etlichen Politikern, Parteien, Wirtschafts- und Unternehmensverbänden und auch vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind – wie Sie wissen – Zweifel daran geäußert worden, ob die Post den erheblich gestiegenen Anforderungen in der Zukunft noch gerecht werden kann. Deshalb wurden Forderungen nach einer stärkeren Öffnung des Marktes durch mehr Wettbewerb, eine Entmonopolisierung und z. T. auch nach einer teilweisen Privatisierung des Fernmeldewesens laut.

Wir haben uns an dieser Diskussion aus wohlerwogenen Gründen nur zurückhaltend beteiligt, sind aber auch nicht untätig geblieben. So haben wir die falschen Behauptungen der "fünf Weisen" über die Bundespost bereits in einer Resolution des letztjährigen Delegiertentages zurückgewiesen. In der Beiratssitzung im Oktober 1986 haben wir uns zu diesem Thema informieren lassen durch einen Vortrag unseres Kollegen, MinR Dipl.-Ing. Tenzer, über seine überwiegend negativen Eindrücke von der Deregulierung in den USA, die er bei einem Studienaufenthalt gewonnen hat, sowie durch ein Kurzreferat mit Diskussion des Vorsitzenden des Postausschusses der FDP, Ernst Eggers, dessen Ausführungen allerdings in einigen wichtigen Punkten mit den von der FDP nach der Bundestagswahl geäußerten Auffassungen nicht übereinstimmten. Am 11. 11. 86 haben wir auf Einladung der Deutschen Postgewerkschaft ein Gespräch mit dem Hauptvorstand der DPG geführt. Bei diesem Gedankenaustausch hat die DPG versucht, uns ihre Befürchtungen zu verdeutlichen, daß die DBP zerschlagen und das Fernmeldewesen privatisiert werden solle, wie sie sie in ihrer Aktion "Sichert die Post - rettet das Fernmeldewesen" geäußert hat.

Meine Damen und Herren, es würde jetzt im Rahmen dieses Rechenschaftsberichtes zu weit gehen, Ihnen die unterschiedlichen Meinungsäußerungen und Stellungnahmen von Parteien, Verbänden, Interessengruppen usw. darzulegen. Im übrigen haben wir kürzlich den Bezirksvereinen eine Reihe von Presseausschnitten und Papieren zu

diesem Thema zukommen lassen. Unsere Position zu diesen Fragen werden wir in der morgen stattfindenden Podiumsdiskussion und den Beratungen zu den diesbezüglichen Anträgen festlegen können, wobei wir natürlich das sei jetzt schon festgestellt – mit dem Bundespostminister voll übereinstimmen, wenn er die völlige Privatisierung des Fernmeldewesens ablehnt, sich für die Erhaltung der alleinigen Netzträgerschaft der DBP und für die Beteiligung der Post am Endgerätemarkt einsetzt. Das Post- und Fernmeldewesen ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge des Staates mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen, die nicht völlig dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip der Gewinnungseximinierung unterworfen werden kann. Das Problem liegt darin, diese anerkannten Grundsätze mit der Absicht der Bundesregierung, wie sie auch in der Regierungserklärung zum Ausdruck kommt, nämlich den Telekommunikations-

markt stärker dem Wettbewerb zu öffnen, in Einklang zu bringen. Dabei wäre es sicher sehr problematisch, wenn die Post das teure Netz samt Technik bereitstellt, während die Nutzung der von der DBP finanzierten Anlagen unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten im Wettbewerb erfolgt. Sicherlich wird dieser Themenkomplex auch bei unserer Diskussion mit dem Herrn Minister einen breiten Raum einnehmen. Abschließend werden wir uns dazu erst nach Vorlage des Berichts der Regierungskommission Fernmeldewesen äußern.

Einheit von Post- und Fernmeldewesen

Lassen Sie mich noch einige Sätze zur Einheit von Post- und Fernmeldewesen sagen. In unserem Grundsatzpapier befürworten wir die Einheit von Postund Fernmeldewesen in einem öffent-

BAUFINANZIERUNG

Neubau - Kauf - Umschuldung - Renovierung

FINANZBERATUNG - FINANZPLANUNG

Selbstverständlich können beratende Maßnahmen vermittelt werden. Sie sollten mehr über Kapitalbildung und Finanzierung von Grunderwerb wissen

NUTZEN SIE UNSERE DIENSTE

Fordern Sie einen Erfassungsbogen an mittels nachstehendem Gutschein
Unsere SONDERPROGRAMME, abgestellt auf Ihre persönlichen Voraussetzungen, bringen IHNEN
erhebliche Kostenersparnisse!

Finanzfragen sind mehr als Vertrauenssache. Unsere Resultate können Sie nachrechnen!

Ihr Partner in allen Finanzfragen:

VÖB

GESELLSCHAFT FÜR VERMÖGENSBILDUNG ÖFFENTLICH BEDIENSTETER mbH

Selbsthilfeeinrichtung der Beamten

Mackenheimer Weg 9, 6942 Mörlenbach-Vö., 2 (062 09) 34 87

GUTSCHEIN

für kostenlose Übersendung unserer Kurzinformationen:

Baufinanzierung richtig gestalten Neue Steuergesetze für Bau-/Kaufvorhaben

und unverbindliche Beratung über (Gewünschtes bitte ankreuzen):

☐ Allgemeine FINANZBERATUNG (Spar-/Anlageplanung)

☐ SPAREN (auch mit steuerfreien Erträgen für spätere Baufinanzierung)

☐ DARLEHENSAUFNAHME (Bank, Bausparkasse, Hypothekenbank, Versicherung)

Unterschiedliche Tilgungsarten (Tilgungsplanung bestehender Bauschulden)

lichen Unternehmen bei weitgehender Eigenständigkeit der Unternehmensbereiche. Die Verfasser des Grundsatzpapiers haben damit aber nicht eine vollige Verselbständigung der beiden Unternehmensbereiche unterhalb eines gemeinsamen Ministeriums für Hoheitsaufgaben gemeint, wie sie Pressemeldungen zufolge jetzt in der Regierungskommission favorisiert wird. Eine solche Neustrukturierung könnte man bei formalistischer Betrachtungsweise zwar nach außen als Erhalt der Einheit verkaufen, weil die gemeinsame Klammer des aufsichtsführenden Ministeriums erhalten bliebe, käme aber in Wirklichkeit einer ziemlich weitgehenden Trennung von Post- und Fernmeldewesen gleich. Eine solche Trennung würde ich insbesondere aus zwei Gründen für bedenklich halten:

- 1. Die Verbundvorteile (gemeinsame Nutzung der Ressourcen) in Form eines gemeinsamen Einsatzes von Personal, der Sach-, Finanz- und Kommunikationsmittel würden, wenn nicht verhindert, so doch erschwert. Ebenso könnte die schon eingeleitete Nutzung des flächendeckenden Versorgungsnetzes im Postwesen für Zwecke des Fernmeldewesens nur schwer fortgesetzt werden.
- 2. Der begrenzte Kostenausgleich zwischen Post- und Fernmeldewesen wäre in Frage gestellt. Ein solcher Kostenausgleich – begrenzt auf ca. 2 Mrd. DM – ist aber unverzichtbar, solange aus gemeinwirtschaftlichen Gründen bestimmte Postdienste zu nicht kostendeckenden Gebühren angeboten werden mussen. Eine Ubernahme dieser Kosten durch den Bundeshaushalt erscheint bei der derzeitigen Haushaltssitutation unrealistisch. Daß man im Postwesen durch eine aktive Marktpolitik und durch konsequente, wenn auch sozialverträgliche Rationalisierung alles tun muß, um den Kostenausgleich auf die genannten 2 Mrd. DM zu begrenzen, liegt auf der Hand.

Bewertung der Amtsleitungen der Ämter des Postwesens

Obwohl bereits seit dem 01. 01. 86 das neue Punktberechnungsverfahren in Kraft ist, hat das BPM noch keine neuen Punktegrenzen für die Einordnung der Amtsleitungen festgelegt. Die Abteilung 1 des BPM hat jedoch Vorstellungen entwickelt, die einmal die Abgrenzung zwischen dem höheren und gehobenen Dienst neu regeln, zum anderen aber auch eine bewertungsneutrale Verlagerung von Bewertungen auf der Ebene der BesGr A 15 beinhalten und eine Ausweitung der Zahl der AbtL-Dienstposten des höheren Dienstes bei den PÄ zum Gegenstand haben.

Ich möchte diese Vorschläge, die noch der Abstimmung innerhalb des BPM bedürfen, hier jetzt nicht im einzelnen darlegen. Wir werden ja noch Gelegenheit haben, bei der Beratung der dazu gestellten Anträge darüber zu diskutieren. Ich kann nur soviel sagen, daß der BV bereits informelle Gesprache mit den Verantwortlichen im Ministerium geführt hat und wir auch die Zusicherung des UAbtL11 haben, daß die VHP vor einer endgültigen Entscheidung gehört wird. Hohe Wellen haben die Vorschläge der Abteilung 1 bereits geschlagen, wie Sie der letzten Ausgabe der Zeitschrift der Postgilde entnehmen konnten. Richtschnur unseres Handelns wird auf jeden Fall sein, die Zahl der Dienstposten des höheren Dienstes bei den Amtern des Postwesens zu erhalten und angesichts der bevorstehenden Dezentralisierung von Verantwortlichkeiten auf die Amter nach Möglichkeit noch zu erhöhen.

Schlußbetrachtung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, daß meine Ausführungen dazu beigetragen haben, Sie davon zu überzeugen, daß es für den BV kein müdes Jahr war, sondern daß wir uns im Rahmen des Möglichen nach Kräften bemüht haben, die Interessen des höheren

Dienstes zu vertreten, auch wenn die sichtbaren Erfolge nicht überall sofort zu Tage treten, wie wir uns das wünschen. Berufspolitische Arbeit ist eben Kärrnerarbeit, bei der oft die Früchte der Bemühungen nur langfristig sichtbar werden. Ich darf hier noch einmal auf die Ausweitung des höheren Dienstes um die vorher schon genannten über 700 Dienstposten in den Jahren 1980-1987 erinnern, die zu einer Erhöhung des Anteils des höheren Dienstes am Gesamtpersonalbestand der DBP von 0,42 v. H. im Jahre 1980 auf 0,62 v. H. im Jahre 1987 geführt hat. Ich darf Sie bitten, unsere Arbeit auch in der Zukunft zu unterstützen. Was ich manchmal etwas vermisse, ist die Resonanz unserer Arbeit an der Basis. Ich wünsche mir noch mehr Rückmeldungen von unseren Mitgliedern in den Bezirksvereinen. Es müßte uns gelingen, unsere Arbeit auf eine noch breitere Basis zu stellen, noch mehr Kolleginnen und Kollegen, insbesondere auch der jungeren Generation, zur aktiven Mitarbeit zu motivieren.

Aber insgesamt darf ich mit Genugtuung feststellen, daß unsere Vereinigung auch im 33. Jahr ihres Bestehens gefestigt dasteht und voller Leben steckt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und würde mich freuen, wenn Sie die Bemühungen des BV durch eine einstimmige Entlastung honorieren.

Johann Paffen

TREFFEN DER FEFAS-PENSIONARE IN MONTECATINI (Nähe Florenz)

vom 17. bis 24. Oktober 1987

Die italienischen Kollegen haben für dieses Treffen folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Samedi, 17 octobre

- Accueil des participants à l'hôtel CORALLO ou à l'hôtel CENTRALE dans l'après-midì. Diner en hôtel.

Dimanche, 18 octobre

8 h. 00: petit déjeuner

9 h. 00 - 13 h. 00: séance de travail

13 h. 30: déjeuner

15 h. 00 - 18 h. 00: promenade en ville et aux thermes

21 h. 00: Dîner et soirée dansant.

Lundi, 19 octobre

8 h. 00: petit déjeuner

8 h. 30 - 13 h. 30: excursion à Pisa - Torre del Lago - Viareggio

13 h. 30: déjeuner à Viareggio

16 h. 30 – 18 h. 00: shopping libre à Viareggio

18 h. 30 - 19 h. 15: retour à Montecatini

20 h. 00: dîner et soirée libre.

Mardi, 20 octobre

8 h. 00: petit déjeuner

9 h. 00: excursion à Siena avec guide touristique

13 h. 00: déjeuner à Siena au restaurant GARDEN

19 h. 00: retour à Montecatini

20 h. 00: dîner et soirée libre.

Mercredi, 21 octobre

7 h. 30: petit déjeuner

8 h. 00: - 13 h. 00: excursion individuelle à Lucca (à rejoindre par train ou voiture

privée) avec guide sur place

13 h. 30: retour à Montecatini et déjeuner

15 h. 30: séance de travail

21 h. 00: dîner et soirée folk.

Jeudi, 22 octobre

7 h. 30: petit déjeuner

8 h. 00 - 13 h. 30: excursion en car à Firenze et visite en ville avec guide

14 h. 15: déjeuner à Firenze

16 h. 00 - 18 h. 30: après-midi libre à Firenze

19 h. 00: retour à Montecatini

20 h. 30: dîner.

Vendredi, 23 octobre

8 h. 00: petit déjeuner

8 h. 30 - 13 h. 00: excursion individuelle et facultative à Pistoia. Un car des PTT sera disponible avec 30 places et deux courses d'aller-retour. Guide italien

13 h. 30: déjeuner à Montecatini

16 h. 00 – 19 h. 00: séance de travail

20 h. 30: dîner d'adieu et soirée dansante.

Samedi, 24 octobre

- Petit déjeuner et départ.



23.-27. September

FEFAS-TREFFEN IN KNOKKE/BELGIEN

Sehr schönes Hotel am Meer, interessantes Programm, nette Kollegen. Insgesamt rd. 60 Teilnehmer. Preis für VP + Programm: ca. 685, - DM.

Auskunft und Anmeldungen: Dr. Frieder Lauxmann, OPD Karlsruhe, RefL 31. Tel. (07 21) 1 32 31 00 Bitte rasch entscheiden, wir sind zeitlich im Rückstand!

Anmeldung an Eberhard Daust, Philipp-Zorn-Str. 51, Köln 60, F.: 02 21/71 16 56

Preis: 520 000 L. (etwa 750,- DM), 100 000 L. Anzahlung bis 30. 4. 87,

420 000 L. bis 30. 6. 87

auf Postscheckkonto 60 763 000 Delegazione Italiana FEFAS, Via Plinio, I-00193 Roma

für Vollpension (Getränke eingeschlossen) und die im Programm vorgesehenen Ausflüge.

Die Unterbringung ist vorgesehen in 2 Hotels - Astoria und Corallo - beide im Stadtzentrum gelegen, für jeweils 50 Teilnehmer. Sie gehören demselben Eigentümer, sind von gleichem Standard und etwa 500 m voneinander ent-

Eine Tele-Karte wird zur Verfügung gestellt, die übrigen Fernsprechgebühren müssen vom Teilnehmer bezahlt werden. Für den Ausflug am 21. 10. 87 nach Lucca steht kein Bus zur Verfügung. Fahrt auf eigene Kosten mit der Eisenbahn oder dem Auto. Für den Ausflug am 23, 10, 87 nach Pistoia steht ein Autobus für 60 Personen zur Verfü-

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn auch dieses Treffen in Montecatini von einigen Pensionaren unserer Vereinigung, evtl. mit ihren Frauen, besucht werden würde.

(Eberhard Daust)

FÜR SIE GELESEN

Dr. Ernst Herrmann: Die Deutsche Bundespost – Kommunikationsunternehmen zwischen Staat und Wirtschaft; Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1986, 261 S. gebunden 69, – DM.

DER EMANZII DIENST AM/A

Das psychologische Institut für s

Trotz der großen Zahl von Publikationen über das Post- und Fernmeldewesen hat eine wissenschaftliche Darstellung des Phänomens "Post" in Staat und Gesellschaft bislang gefehlt. Herrmann weiß, wovon er schreibt. Er war zuletzt Abteilungsleiter im BPM und ging als politischer Beamter nach dem Abgang der sozialliberalen Koalition in den Ruhestand, ohne sich deshalb zur Ruhe zu setzen. Wenn man sein Buch liest, versteht man eigentlich nicht, warum er vorzeitig aus dem aktiven Dienst ausgeschieden ist, denn seine Position, die er in Bezug auf die Zukunft der Post bezieht, ist alles andere als im Sinne von eher linken Kräften. Um es vorweg zu sagen: nach einer gründlichen und übersichtlichen Analyse der Probleme und "Unstimmigkeiten", mit denen die Post zu leben hat, plädiert Herrmann für folgende Lösung:

 Der gesamte Post- und Fernmeldebetrieb wird privatrechtlich organisiert, am besten durch drei getrennte Aktiengesellschaften für Postdienste, Bankdienste und Fernmeldedienste;

 die Post verliert alle ihre Alleinrechte, sie muß (und darf) sich der Konkurrenz stellen;

 die Post wird von allen politischen Nebenpflichten entbunden;

die verbleibenden staatlichen Funktionen auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens werden durch eine Ordnungsbehörde wahrgenommen, die für Grundsatzregelungen, Konzessionen usw. zuständig bleibt.

Wie kommt Herrmann zu einem derart radikalen Ergebnis? Die Antwort ist ganz einfach: durch "radikales" Denken. Dies darf hier aber nicht im negativen, politischen Sinne verstanden werden. Herrmann schenkt sich und seinen Lesern nichts, er bleibt nirgends auf dem halben Wege stehen. Er leitet seine Begriffe klar und nachvollziehbar her und verwendet sie konsequent. So bezeichnet er die "Post" insgesamt als "Fernkommunikation", weil sie im Gegensatz zu der im unmittelbaren

menschlichen Kontakt wahrgenommenen Kommunikation steht und das Wort "Tele-" schon für die technische Seite der Nachrichtenübermittlung belegt ist. Aus dem Post- und Fernmeldewesen wird so das "Fernkommunikationswesen". Aber nicht nur im Begrifflichen ist Herrmann knapp und klar, sondern auch in seinen Schlüssen. Sie führen ihn dorthin, wo ihn die Logik hinführt. (In der unausgesprochenen Hoffnung, die Welt sei ebenso logisch wie die Logik selbst). Gefühlen räumt er vordergründig keinen Platz ein, er weiß auch, daß seine Ergebnisse unabhängig von Opportunitätsrücksichten und dem politisch Machbaren zustande kommen. Natürlich betont auch Herrmann, daß das Fernkommunikationswesen einen Wirtschaftssektor darstellt, in dem völlig freier Wettbewerb nicht zu annehmbaren Verhältnissen für den Hauptbetreiber führen würde. Der Mitanbieter braucht daher auch nach ihm künftig eine staatliche Konzession, die er nicht bedingungslos erhalten kann.

Herrmann kennt aus eigener Erfahrung die Widerstände, die sich einer derart konsequenten Privatisierung nicht nur seitens der Gewerkschaften entgegenstellen würden. So sagt er (auf S. 234): "Und schließlich setzt sich das Selbstwertgefühl, das höhere Postbeamte aus ihrer Eigenschaft schöpfen, Hoheitsträger des Staates zu sein, in Gegendruck gegen Neuordnungspläne um, bei denen sie diese Rolle verlieren würden."

Spätestens hier wird man höflich fragen dürfen: Ist das wirklich so? Gibt es denn seitens höherer Beamter nicht eventuell auch andere Gründe gegen den staatlichen Rückzug aus einem Feld der unmittelbaren Daseinsvorsorge? Sollten höhere Beamte keine anderen Argumente haben als ihr verletzbares Selbstwertgefühl?

Hier wird erkennbar, daß bei aller anerkennenswerten Rationalität des Textes das Buch eben doch von einem Menschen geschrieben ist. Die vielbeklagte Bevorzugung des Mannes im Rechtsleben läßt sich sprachlich bekämpfen. Oft ist aber die Angst vor der nächstzuständigen Frauenbeauftragten größer als die Angst davor, sprachlichen Unfug zu treiben. Die folgenden Sätze stammen aus einem Erlaß eines Bundesministers vom April 1987.*)

Der/die richtige Mann/Frau auf den richtigen Platz . . . Dies könnte auch für Absolventen/Absolventinnen von wissenschaftlichen Hochschulen gelten. Ich bitte zu prüfen, inwieweit eine Anpassung der Maßstäbe zur Gewinnung geeigneter Bewerber/Bewerberinnen möglich ist. Deshalb sollen neben der Einstellung von Laufbahnbeamten/beamtinnen auch Angestellte eingestellt werden . . . Ich billige z. B. nicht, wenn die Studienbeihilfe nur deshalb zurückgefordert wird, weil der Bewerber/die Bewerberin auf seinen/ ihren Wunsch hin in einem anderen Beeingestellt wird/werden zirk möchte ...

Diese Sätze zeigen, wo man landet, wenn man wirklich konsequent sein möchte. Wer schon gleich mit Schrägstrichen anfängt, kommt nicht mehr davon los und muß dann immer dabei bleiben. Leider ist der Gesetzgeber in dieser Hinsicht von irgend einer Konsequenz in der sprachlichen Gleichberechtigung der Geschlechter noch weit entfernt. Im folgenden soll gezeigt werden, wie die Gesetzessprache künftig aussehen müßte. Wenn der Gesetzgeber/die Gesetzgeberin seine/ihre Arbeit abgeschlossen haben wird, wird es wieder einmal tonnenweise juristisches Altpapier geben, weil sämtliche Gesetze, Kommentare, Lehrbücher und ggf. auch Akten neu gefaßt werden mussen.

Beispiele für Gesetzesneufassungen

Grundgesetz

Art 2: Jeder/jede hat das Recht auf die

*) Höflichkeitshalber wird das BPM hier nicht erwähnt.

PATORISCHE SCHRÄGSTRICH ALS N DER BÜRGER/BÜRGERIN

oziale Strategien (PISS) legt hiermit einen neuen Forschungsbericht vor

freie Entfaltung der Persönlichkeit, soweit er/sie nicht die Rechte anderer verletzt . . .

Art 40: Der Bundestag wählt seinen/ seine Präsidenten/Präsidentin, dessen/ deren Stellvertreter/Stellvertreterin und die Schriftführer/Schriftführerinnen

Angesichts der Tatsache, daß es bereits eine Bundestagspräsidentin/Vizepräsidentin gab/gibt, fragt man sich, wie das ohne die hier vorgeschlagene sprachliche Neufassung des Art 40 überhaupt möglich war.

Bundesbeamten/-beamtinnengesetz (BB/BG)

§ 3 Abs. 2: Dienstvorgesetzte(r) ist, wer für beamten-/beamtinnenrechtliche Entscheidungen über persönliche Angelegenheiten der ihm/ihr nachgeordneten Beamten/Beamtinnen zuständig ist . . .

Bürgerliches Gesetzbuch Schuldrecht

§ 278: Der Schuldner/die Schuldnerin hat ein Verschulden seines/ihres/ seiner/ihrer Vertreters/Vertreterin und der Personen, deren er/sie sich zur Erfüllung seiner/ihrer Verbindlichkeit bedient, in gleichem Umfange zu vertreten wie eigenes Verschulden.

Man beachte, daß gerade eine solche Bestimmung die Chance eröffnet, einen sicher auch für Ausländer/Ausländerinnen erfreulichen Querschnitt durch die Feinheiten der deutschen Grammatik darzustellen.

Sachenrecht

§ 1000: Der Besitzer/die Besitzerin kann die Herausgabe einer Sache verweigern, bis er/sie wegen der ihm/ihr zustehenden Verwendungen befriedigt wird...

Hier kann das BGB endlich einmal klar herausstellen, daß nicht nur Männer, sondern auch Frauen ein Recht auf Befriedigung haben.

Erbrecht

§ 1938: Der Erblasser/die Erblasserin kann durch Testament einen/eine Verwandte(n) oder den/die Ehegatten/ Ehegattin von der gesetzlichen Erbfolge ausschließen, ohne eine(n) Erben/ Erbin einzusetzen...

Strafgesetzbuch

§ 26 Anstiftung. Als Anstifter/Anstifterin wird gleich einem/einer Täter(in) bestraft, wer vorsätzlich einen anderen/eine andere zu dessen/deren vorsätzlich begangener Tat bestimmt hat. Die Strafe für den/die Gehilfen/Gehilfin richtet sich nach der Strafdrohung für den/die Täter/Täterin.

§ 334: Wer einem/einer Amtsträger/trägerin, einem/einer für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten
oder einem/einer Soldaten/Soldatin
(wenn schon denn schon!!!) der Bundeswehr einen Vorteil als Gegenleistung anbietet . . .

Diese wenigen Beispiele mögen genügen. Sie zeigen, daß die herkömmliche deutsche Rechtssprache in Bezug auf Schwerfälligkeit und Unübersichtlichkeit noch längst nicht alles aus sich herausgeholt hat. Mit der hier vorgeschlagenen Ergänzung unserer Gesetze durch die emanzipatorischen Schrägstriche würde es endlich gelingen, die ohnehin schon geringe Volkstümlichkeit unserer Rechtssprache vollends ganz zu beseitigen, was vielleicht im Standesinteresse mancher Juristen/Juristinnen liegen könnte.

Worum geht es denn bei diesem Problem? Es ist sicher ein zu billiges Argument, wenn man sagt, manche(r) Beamter/Beamtin habe nur Angst davor ein(e) Emanzmuffel/Emanzmuffelin gescholten zu werden. Das Problem liegt anderswo. Es geht um das richtige Maß an sprachlicher Abstraktion. Es gibt männliche Begriffe, die ihrem Wesen nach sich nicht auf einen bestimmten Mann beziehen, sondern die völlig neutral zu verstehen sind. Es ist allge-

mein bekannt, daß "der Mensch" schon seit Evas Zeiten auch ein weibliches Wesen sein kann, selbst wenn die sprachliche Herkunft von Mann nicht zu leugnen ist (lateinisch homo = Mensch und Mann). Es gibt noch andere derartige Neutren: Das Wort Filmstar ist männlich. Aber niemand konnte z. B. der Marylin Monroe, die e in Filmstar war, ihre Weiblichkeit bestreiten. Der Gast kann männlichen und weiblichen Geschlechts sein, ohne deshalb den Artikel wechseln zu können und zu müssen. Das Wort Weib ist neutral. Niemand hält deshalb den Inbegriff der Weiblichkeit für unweiblich. Umgekehrt gibt es in unserer Sprache auch weibliche Begriffe, mit denen auch Männer bezeichnet werden können: Die Person, die Hilfskraft. Einst wurden sogar Herrscher (oft Supermachos) mit weiblichen Begriffen ausgestattet: die Exzellenz, die Durchlaucht, die Hoheit, die Majestät usw. Auch im Tierreich läßt sich das Geschlecht sprachlich nicht so leicht erkennen. Die Katze ist weiblich, solange man nicht eindeutig weiß, daß es sich um einen Kater handelt. Umgekehrt gilt der Hund männlich, solange man sein Geschlecht nicht kennt. Die Amsel, die singt, ist immer ein Männchen.

Man kann ganz allgemein sagen: im Deutschen sagt das sprachliche Geschlecht sehr oft nichts über das wirkliche Geschlecht aus. Das gilt in der Regel dann, wenn z. B. der Begriff "Beamter" in neutralem Sinne gebraucht wird. Nur, und hier liegt das Problem, das Wort Beamter kann auch in geschlechtsspezifischem Sinne erscheinen.

neutral: Jeder Beamte muß einen Diensteid leisten (also auch Frau Maier) spezifisch: Frau Maier ist eine gute Beamtin.

Im zweiten Fall bezieht sich die Aussage auf eine konkrete Frau. Hier ist also die weibliche Form zu verwenden. Schwierig ist es, das eine vom andern zu unterscheiden. Wo ist der Begriff neutral zu verstehen, wie z. B. im Wort Bewerber und wo geht es um eine be-

KLEINE ANMERKUNGEN ZU GROSSE

Werner Heisenberg: Die Unschärfe der Wirklichke

stimmte Person? Man kann nur eines sagen: in der Gesetzessprache wird im Zweifel immer der neutrale Begriff gemeint sein. Der Täter, der Erbe, der Schuldner, der Beamte ... Niemand kam bisher auf die Idee, daß es sich wegen dieser sprachlichen Fassung immer um Männer handeln müsse. Ohne ein Mindestmaß an Abstraktionsvermögen kam man also bisher schon nie aus. Warum sollte uns dies jetzt plötzlich für unsere Rechts- und Amtssprache verlorengehen? Zwischen dem abstrakten Begriff und der persönlichen Erwähnung muß unterschieden werden. Das ist nicht leicht. Aber was ist schon leicht, außer dem einen, sich lächerlich zu machen?

Man kann es nie allen recht machen, selbst dann nicht, wenn man aus lauter Vorsicht superpeinlich, erzgründlich und höchstperfektioniert denken und schreiben will.

Vorschläge:

1. Der emanzipatorische Schrägstrich ist überflüssig. Erbe, Täter und Beamter konnten schon bisher Männer und Frauen sein, ebenso wie Gast und Person.

 Wer mit dem emanzipatorischen Schrägstrich einmal angefangen hat, kann mit ihm konsequenterweise nicht mehr aufhören.

3. Nur bei konkreter Bezeichnung einer Person muß man die weibliche Form wählen: Erbin ist Frau Reich, Frau Sorge ist eine aussichtsreiche Bewerberin.

4. Wer die deutsche Rechts- und Amtssprache vor weiterem Unheil bewahren will, muß Vertrauen in das Abstraktionsvermögen seines Publikums haben

5. Ängstlichkeit und Perfektionismus stammen meist aus derselben Anlage. Sie sind die hauptsächlichen Antriebskräfte einer bürgerfernen Rechts- und Amtssprache.

F. Lx.

Als Werner Heisenberg nach dem ersten Weltkrieg mit Freunden, Gitarre, Rucksack und Lederhosen durch die bayrische Bergwelt zog, begleiteten diese "jugendbewegte" Zeit nicht nur Wanderlieder, sondern auch philosophische Gespräche. Die Liebe zur Musik und zur Philosophie blieb ihm sein Leben lang treu. Platons Dialog "Timaios", den er natürlich auf Griechisch las, beschäftigte ihn immer wieder. Die kleinsten Teile der Materie sind danach seltsame geometrische Strukturen, also etwas Abstraktes. Sollte Platons Aussage etwas vorweggenommen haben, was die Kernphysik erst in unserem Jahrhundert erkennen konnte: die Nichtfaßbarkeit der Materie?

Werner Heisenberg wurde 1901 in Würzburg geboren, wuchs aber in München auf und kehrte in den letzten Schaffensjahren als Leiter des dortigen Max-Planck-Instituts für Kernphysik dorthin zurück, wo er 1976 starb. Er brauchte sich in der Wissenschaft nicht durch Fleißarbeiten hochzudienen, denn bereits mit 23 Jahren veröffentlichte er seine Schrift: "Über die quantentheoretische Umdeutung kinematischer und mechanischer Beziehungen", die schon die Themen seines Lebenswerks erkennen ließ. Zwei Jahre später stellte er die nach ihm benannte "Unschärferelation" auf und mit 30 erhielt er den Nobelpreis für Physik.

Wenn Heisenberg hier in der Reihe der Denker erscheint, dann geht es weniger um seine physikalischen Forschungsergebnisse und -Bewertungen, sondern um die Gedanken, die er sich ganz allgemein darüber gemacht hat.

Wer aber meint, er habe sich mit der Philosophie nur so nebenher beschäftigt und man könne das eine vom anderen trennen, der irrt. Was man in der Physik überhaupt erkennen kann, hängt nach ihm nicht davon ab, was ist, sondern davon, wie wir denken und fragen. Aber nicht nur dies. Heisenberg zeigt auch den umgekehrten Weg: physikalische Erkenntnisse müssen und werden unser Denken beeinflussen. Obwohl Kernphysik nicht gerade allge-

mein zugänglich ist, hat er in seinen Publikationen weit über den Kreis seiner Fachkollegen hinaus gewirkt. Er meinte nämlich, wer hochkomplizierte mathematische Formeln braucht, hat selbst den rechten Durchblick noch nicht. Heisenberg bemühte sich daher um

eine einfache "Weltformel". In der klassischen, auf Newton zurückgehenden Physik war "die Welt noch in Ordnung". Raum, Zeit, Masse und Energie waren jeweils für sich erkennbar und meßbar. Bei Versuchen über die Atomstruktur brach aber für Heisenberg diese heilige und anscheinend festgefügte Welt zusammen. Mit den Augen neuer kernphysikalischer Erkenntnisse stimmte in den Atomen nichts mehr. Mit dem dänischen Physiker Niels Bohr rang er um eine neue ganz andere Klarheit: "Ich erinnere mich an viele Diskussionen mit Bohr, die bis spät in die Nacht dauerten und fast in Verzweiflung endeten. Und wenn ich am Ende solcher Diskussionen noch allein einen kurzen Spaziergang im benachbarten Park unternahm, wiederholte ich mir immer und immer wieder die Frage, ob die Natur wirklich so absurd sein könne, wie sie uns in diesen Atomexperimenten erschien."

Wer nach isoliert funktionierenden geschlossenen Systemen zu suchen gewohnt war, also nach Systemen, deren Ablauf wie der eines Motors beobachtet, beschrieben und berechnet werden konnte, den mußten die kernphysikalischen Forschungsergebnisse tatsächlich zur Verzweiflung bringen, denn trotz aller schön konstruierten Atommodelle, in denen um einen Kern weit außen die Elektronen kreisen, konnte so etwas in der Wirklichkeit weder festgestellt, noch angenommen werden. Die "Unschärfe" liegt nicht in der Messung, sondern in der Natur der Sache. "Die Welt erscheint in dieser Weise als ein kompliziertes Gewebe von Vergangen, in dem sehr verschiedenartige Verknüpfungen sich abwechseln, sich überschneiden und zusammenwirken und in dieser Weise schließlich die Struktur des ganzen Gewebes bestim-

N DENKERN



men." Das einzelne Atom läßt sich, so betrachtet, nicht mehr beschreiben. Für sich existiert es überhaupt nicht. Es hat auch keine Eigenschaften, keine Farbe, keine Temperatur, keine Materie. Seine Existenz ist eine "Potentia", eine Möglichkeit, über die nur noch in Gleichnissen gesprochen werden kann.

Das, was man in der klassischen Physik als Materie verstehen wollte, das zerrann den Atomphysikern unter den Händen, es blieb nichts Eindeutiges, weder Teilchen noch Wellen, sondern es mußten mehr oder weniger abstrakte Strukturen angenommen werden. Hatte Platon also doch recht gehabt? Die Unfaßbarkeit des Atoms rührt auch daher, daß an ihm ein Zeitbegriff, in dem es Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft gibt, nicht feststellbar ist. Heisenberg spricht sogar von Bewegungen, deren Krafte erst durch die Bewegungen herbeigeholt werden. So gesehen, wird nicht nur der Zeitbegriff, sondern auch das Prinzip von Ursache und Wirkung aufgehoben.

Eine Physik, der die Materie nur noch als Prinzip erscheint, das nicht eindeutig definiert werden kann, hat nach Heisenberg keinen Anlaß mehr, sich zum materialistischen, positivistischen Weltbild zu bekennen. Eine moderne Naturwissenschaft, die die universelle Verwobenheit aller Erscheinungen zur Kenntnis nehmen muß, kann Begriffe wie Geist, menschliche Seele, Leben und Gott zwar nicht definieren aber auch nicht mehr ausklammern. Naturund Geisteswissenschaft stehen sich dann nicht mehr teilnahmslos und ohne gegenseitige Berührung gegenüber, sondern sie müssen gemeinsam nach dem alles umfassenden Einen suchen, nach der zentralen Ordnung.

Als sich 1920 die Jugendbünde auf einer Burg im Altmühltal trafen, litt der junge Heisenberg unter den vielen widerstreitenden Reden. Als es Nacht wurde, hörten die Diskussionen nicht auf. "Aber dann erschien oben auf dem Balkon über dem Schloßhof ein junger Mensch mit einer Geige, und als es still geworden war, erklangen die ersten großen d-moll-Akkorde der Chaconne von Bach über uns. Da war die Verbindung zur Mitte auf einmal unbezweifelbar hergestellt . . . Die klaren Figuren der Chaconne waren wie ein kühler Wind, der den Nebel zerriß und die scharfen Konturen dahinter sichtbar werden ließ."

Frieder Lauxmann

PERSONAL-VERÄNDERUNGEN

Informationen für Ruheständler

Ernennungen

zum Vizepräsidenten des Fernmeldetechnischen Zentralamtes der Abteilungspräsident Dipl.-Ing. Joseph Eisenried beim FTZ Darmstadt;

zum Abteilungspräsidenten der Postdirektor Dipl.-Ing. Horst Frickel beim FTZ Darmstadt, Oberpostdirektor Dipl.-Ing. Karl-Friedrich Grunewaldt beim PTZ Darmstadt, der Postdirektor Dipl.-Ing. Hans-Joachim Weber beim FTZ Darmstadt;

zum Ministerialrat der Postdirektor Wilhelm Walgenbach beim BPM Bonn;

zum Leitenden Postdirektor der Postdirektor Hans Mildner beim PTZ

zur Postdirektorin die Postoberrätin Dipl.-Kfm. Gudula Weigel-Riemann beim PTZ Darmstadt;

zum Postdirektor die Postoberräte Jürgen Daiber beim PA Oldenburg, Hilmar Hinkel beim PA Wuppertal, Axel Holtz beim PA Hannover 3, Dipl.-Ing. Günter Hutloff beim FA Freiburg, Nikolaus Irmer bei der OPD Bremen, Dipl.-Ing. Paul Lotz bei der OPD Frankfurt am Main, Dirk Nissen beim PTZ Darmstadt, Elmar Reinke beim BPM Bonn, Friedhelm Ziegenbeim bei der OPD Dortmund;

zum Regierungsdirektor der Oberregierungsrat Alois Wörishofer bei der BDr Berlin:

zum Postdirektor die Postoberräte Dieter Höltge bei der OPD Hannover/Braunschweig, Dipl.-Ing. Hans-Werner Lawrenz beim FTZ Darmstadt, Dipl.-Ing. Hans Seufert beim PA Stuttgart 1, Martin Spaeth, Dipl.-Ing. Dieter Wahlheim beim PTZ Darmstadt, Dipl.-Ing. Gerd Dehl, Dipl.-Ing. Bernd Kowalski beim FTZ Darmstadt, Dipl.-Ing. Uwe Möbius beim FA Hagen.

Versetzungen

Abteilungspräsident Dr. Peter Dade von der OPD Kiel zur OPD München.

Übertragung von Amtsvorsteherstellen

Oberpostdirektoren Dipl.-Ing. Joa-

VERZEICHNIS DER MÖHEREN BEAMTEN DER DBP VERZEICHNIS DER MITGLIEDER DES BUNDESVORSTANDES UND DER VORSTÄNDE DER BEZIRKSVEREINE

chim Libor beim FA 2 Nürnberg vom FA Augsburg, Benediktus Lindacher beim PA Stuttgart 1 von der OPD Stuttgart;

Postdirektoren Michael Hagedorn beim PA Hamburg 90 von der OPD Hamburg, Dipl.-Ing. Klaus Scholle beim FA 4 Düsseldorf zum FA 2

Düsseldorf; Postoberrat Wolfgang Frost beim PA Berlin 42 von der LPD Berlin;

Posträte Friedhelm Dickmann beim PA Wesel von der OPD Düsseldorf, Jens Müller-Hansen beim PA Celle vom PA Braunschweig, Dipl.oec. Dieter Wagner-Pönicke beim PA Düren von der OPD Köln.

Ruhestand

Abteilungspräsident Hans Rappenecker von der OPD Stuttgart; Leitender Postdirektor Dipl.-Hdl. Michael Zwerger vom PTZ Darmstadt; Professor Dipl.-Ing. Hans Schröder von der FH Berlin; Oberpostdirektoren Dietrich Lejeune-Jung vom PA Berlin 42, Dr. Friedrich Tockhorn vom PA Hamburg 90; Dipl.-Ing. Heinrich Winter von der OPD Regensburg; Ministerialrat Dipl.-Kfm. Karl Beck vom BPM Bonn; Postoberräte Eduard Geiger vom PA Stuttgart 80, Dipl.-Ing. Ludwig Lüdiger vom FA Bochum, Albert Rott von der

OPD Regensburg, Joseph Weiß von

der OPD München, Dipl.-Ing. Fried-

rich Wiesemann vom FA 2 Düsseldorf.

Sterbefälle

Ministerialdirigent Dr. Franz-Joseph Hellmich in Bonn 1; Oberpostdirektoren a. D. Dipl.-Ing. Eckard Riedel in Kempten, Allgäu, Dr. Heinrich Stump in Frankfurt am Main 1; Postdirektoren Dipl.-Ing. Hans-Roland Böcker vom FA Flensburg, Dipl.-Ing. Klaus Fiedler von der OPD Karlsruhe.

Bundesvorstand

Bundesvorsitzender VPräs Johann Paffen D OPD Dortmund, AbtL 3, PF 12 00 4600 Dortmund 1 F (0231) 1 33-53 00, P (02304) 4 52 52

Stellvertretender Bundesvorsitzender PDir Dipl.-Ing. Manfred Jeromin D OPD Münster, RefL 91, P 10 00 4400 Münster 1 F (0251) 3 90-59 10, P (0251) 31 50 40

Bundesgeschäftsführer PDir Dipl.-Ing. Wolfgang Blankenstein D OPD Dortmund, RefL 91, PF 12 00 4600 Dortmund 1 F (0231) 1 33-50 00, P (0231) 41 46 46

Bundesschatzmeister
APräs Dipl.-Ing. Gunther Altehage
D FTZ, AbtL F 1, PF 50 00
6100 Darmstadt
F (06151) 83-21 03, P (06151) 83-31 96
Konto: VHP-Bundesvorstand
6100 Darmstadt
PGiroKto Ffm 59 42-608

Beisitzer PDir Dipl.-Ing. Jürgen Bell D OPD München, PF 20 00 01 F (089) 55 88-51 10, P (089) 12 62-21 05 LtdPDir Dipl.-Ing. Günter Bock D FA Essen, PF 10 60 03 F (0201) 8 17-51 00, P (0201) 8 17-51 66 PRn Dipl.-Kfm. Anke Drewes DPA(V) Hamburg 90, AbtLn I, PF 90 09 00 F (040) 7 71 77-61 01, P (04105) 8 03 72 PDir Dipl.-Ing. Klaus Goldammer D OPD Stuttgart, PF 50 01 F (0711) 20 00-31 81, P (07141) 60 36 36 APräs Dipl.-Ing. Guthknecht D OPD Karlsruhe, Abt L 5, PF 70 00 F (0721) 1 32-5000, P 75 17 23 LtdPDir Dipl.-Ing. Henkel D FA Eschborn, AV, PF 50 00 6236 Eschborn F (06196) 4 78-20 00, P (06174) 2 03-3 33 OPDir Dipl.-Ing. Gert Fischer D OPD Hamburg, PF 60 02 00 F (040) 63 88-31 60, P (040) 5 51 57 66 APräs Josef Nienhaus D OPD Stuttgart, PF 50 01 F (0711) 20 00-22 67, P (0711) 69 26 66 POR Dipl.-Ing. Jörg Radtke D OPD Dortmund, PF 12 00 F (0231) 1 33-55 40, P (0231) 75 10 21 APras Franz Ricke D OPD Koblenz, PF 30 00 F (0261) 1 28-23 00, P (02621) 37 10 APräs Dipl.-Ing. Herbert Schwarzkopf D FTZ, PF 50 00 F (06151) 83-36 00, P (06152) 4 03 65 VPräs Jürgen Wehran D OPD Koblenz, PF 30 00 F (0261) 1 28-24 00, P (0261) 1 28-92 20

Beauftragte für AhD OPDir Alfred Müller Am Mühlenacker 54 5024 Pulheim 2 F (0221) 13 30 71, P (02234) 8 39 40

FITCE APräs Dipl.-Ing. Werner Hufnagel D FTZ, PF 50 00 F (06151) 83-55 99, P (06151) 17-51 02

FEFAS APräs Dr. Otfried Brauns-Packenius D OPD Frankfurt a. M., PF 10 00 00 F (069) 74 40-24 00, P (069) 79 10-3 02

 Redaktionsstab

 OPD, Postfach 60 02 00, 2000 Hamburg 60

 F Schark (040) 23 95—6 50

 Plath 63 88—46 10

 Heise —22 20

 Dittmer —32 60

 Schmedes —31 10

Vorstände der Bezirksvereine

1000 Berlin 19 (030)
I POR Dipl.-Kfm. Dewitz
D LPD, RefL 13, PF 19 05 00
F 3 28-51 30, P 6 64 16 16
II PORn Herbst
D LPD
F 3 28-53 20, P 3 04 33 03
III POR Dipl.-Kfm. Gohlke
D PA(V) 30
F 21 28-3 01, P 7 42 67 03
IV PR Dipl.-Ing. Lüdeling
D PA(V) 11
F 2 68-24 01, P 7 03 49 09

5300 Bonn 1 (0228)

Bezirksverein BPM

I MinDir Dr. Zurhorst

D BPM, AbtL 4, PF 80 01

F 14-40 00, P 80-53 27

II MinDir a. D. Dipl.-Ing. Orth

P 44 24 50

III MinR Dipl.-Ing. von Ehren

F 14-42 60, P (02225) 41 44

IV PDir Dipl.-Volksw. Titius

F 14-60 28, P 64 54 64

2800 Bremen 1 (0421)

I POR Dipl.-Ing. Strueß
D OPD
F 2 48-21 00, P (04202) 6 12 42

II PDir Dipl.-Ing. Leberl
D FA 1
F 3 00-66 03, P (04242) 7 07 16

III POR Busch
D OPD
F 2 48-36 00, P 6 36 26 06

IV POR Dipl.-Ing. Müller
D OPD
F 2 48-24 00, P 25 36 40

4400 Münster 1 (0251) 6100 Darmstadt 1 (06151) 3000 Hannover 1 (0511) I OPDir Heyd /Braunschweig I PDir Dipl.-Ing. Weber D PA(V) Bielefeld, AV, PF 3 00 D FTZ, TKO, PF 50 00 I APräs Wöhlert 4800 Bielefeld 1 D OPD, AbtL 1, PF 90 00 F 83-66 80, P (06136) 54 54 F (0521) 56-50 00, P (0521) 45 11 00 F 1 27-41 00, P 52 20 10 II PDir Marquardt D PTZ II OPDir Dipl.-Ing. Neuer II PDir Dipl.-Ing. Kuhn D OPD F 17-47 10, P 17-50 06 D FZA Hannover F 3 90-52 20, P 3 21 16 III PR Dipl.-Ing. Peier F 1 27-83 10, P 1 27-52 44 III PDir Leggewie DFTZ III PDir Kastner F 83-65 50, P 31 74 62 D OPD D OPD F 3 90-54 40, P 31 18 00 F 1 27-44 10, P 1 27-28 84 IV LtdPDir Dipl.-Ing. Slabon DFTZ IV PDir Ziern IV PR Dipl.-Volksw. Menning D OPD F 83-65 50, P (06071) 4 14 80 D OPD F (0531) 4 72-24 30, P (0531) 4 72-45 89 F 3 90-53 30, P 32 99 97 4600 Dortmund (0231) I LtdPDir Dipl.-Ing. Stöver 7500 Karlsruhe 1 (0721) 8500 Nürnberg 1 (0911) I POR Dipl.-Ing. Willborn I APräs Dr. Bergemann D FA Bochum, AV, PF 10 07 09 D OPD, AbtL 4, PF 10 00 00 4630 Bochum 1 D OPD, RefL 52 A, PF 70 00 F 1 32-5200, P 81 22 26 F 10-41 00, P 57 30 00 F (0234) 6 10-2 00, P (02173) 14 99 44 II PDir Hermann II PDir Unglaub II POR Dipl.-Ing. Radtke DFA 3 D OPD D OPD F 4 70-5 01, P 43 25 85 F 1 33-55 40, P 75 10 21 F 1 32-21 00, P 88 77 III PR Meyer-Heinl III PRn Thomalla III PR Dipl.-Ing. Schwind D OPD D OPD D OPD F 1 32-21 40, P 49 48 47 F 10-32 10, P 59 21 55 F 1 33-53 70, P 25 21 25 IV POR Willinger IV POR Falz IV POR Dipl.-Kfm. Tahy D OPD DPA(V) 1 D OPD F 1 33-53 40, P (02331) 4 29 06 F 1 31-82 00, P (06321) 36 85 F 10-42 10, P (09122) 7 26 58 2300 Kiel 1 (0431) 8400 Regensburg 1 (0941) 4000 Düsseldorf 1 (0211) I POR Schöberl I. POR Dipl.-Okonom Weyer I POR Dipl.-Ing. Brendel D OPD, RefL 35, PF 11 00 D OPD, RefL 92 A, PF 99 00 D PA(V), AbtL I, PF 2 30 F (0431) 5 91-43 50, P 24 34 22 F 5 05-41 01, P 5 05-41 19 F 6 77-88 10, P (0201) 25 38 53 II POR Dipl.-Ing. Haarer II PDir Dipl.-Ing. Hoppe II POR Dipl.-Ing. D. Müller D FA Flensburg D OPD D OPD F 5 05-25 30, P 3 10 73 F 6 77-89 80, P (02159) 84 74 F (0461) 8 86 66, P (0461) 3 38 44 III POR Dipl.-Ing. Nickel III PR Nolte III PR z. A. Meimer D OPD D OPD D OPD F 6 77-89 60, P 41 39 30 F 5 91-42 10, P 32 34 11 F 5 05-21 70, P (09405) 41 80 IV POR Dipl.-Ing. Friedrich IV PR Grünke IV PDir Adams D OPD D OPD D OPD F 5 05-22 60, P 7 07-58 83 F 6 77-81 10, P (02102) 4 06 22 F (0431) 5 91-45 00, P 33 62 83 5400 Koblenz (0261) 6600 Saarbrücken 1 (0681) 6000 Frankfurt 97 (069) I PDir Adrian I PDirn Dipl.-Ing. Tobien-Wolf I LtdPDir Dipl.-Ing. Henkel D OPD, RefL 35, PF 30 00 D OPD, RefLn 15/16, PF 30 10 D FA Eschborn, AV, PF 50 00 F 1 28-23 50, P 5 18 34 F 4 01-51 50, P (06893) 34 34 6236 Eschborn II PDir Dipl.-Ing. Freis II PR Dr.-Ing. Pohl F (06196) 4 78-20 00, P (06174) 2 03-3 33 D PA(V) Koblenz D ZZF II PDirn Rüterjans F 1 28-31 00, P (02631) 2 08 09 F 58 61-2 10, P (06831) 7 41 91 D PA(V) Hanau III POR Dipl.-Ing. Geilen III POR Dipl.-Ing. Friedrich F (06181) 2 91-3 00, P (06172) 4 77 68 DFA 2 Koblenz D ZZF III PDir Dipl.-Ing. Lemke F 1 28-56 00, P (0 26 26) 2 03 F 58 61-1 40, P (06806) 49 06 01 D FA Wiesbaden IV PR z. A. Steeg IV POR Dr. Müller F (06121) 3 65-2 06, P (06195) 30 01 D OPD D OPD IV PORn Weigel-Wegener F 1 28-23 20, P 80 25 67 F 4 01-53 40, P (06831) 7 85 68 D PA(V) 60 F 4 60-22 01, P 74 86 96 5000 Köln 1 (0221) 7000 Stuttgart 1 (0711) I LtdPDir Hoffmann I VPräs Dipl.-Ing. Burkhart D ZfE, PF 20 00 00 D OPD, AbtL 2, PF 50 01 7800 Freiburg 1 (0761) 5300 Bonn 2 F 20 00-22 87, P (07181) 60 63 45 II POR Eberbach F (0228) 80-54 47, P (02233) 2 21 97 II PDir Dipl.-Ing. Adloff D OPD II POR Krupke F 8 80-3 30, P (07664) 84 28 D FA Schwäbisch Hall D PA(V) Siegburg F (0791) 44-3 00, P (0791) 4 89 11 III PORn Barleon F (02241) 1 06-2 00, P (0228) 36 26 56 D OPD III PR Dipl.-Ing. Albrecht III POR Auge F 8 80-3 60, P 2 11-72 27 D OPD D OPD IV POR Metzner F 20 00-25 86, P (0711) 29 66 98 F 4 99-22 20, P 68 73 47 D OPD IV POR Dipl.-Ing. Kämper IV POR Jäkel F 8 80-2 60, P 44 27 37 D OPD Ulm D OPD F 20 00-28 49, P (07305) 76 70 F 4 99-21 80, P (0228) 37 89 33 2000 Hamburg 60 (040) I LtdPDir Dipl.-Ing. von Wißell 8000 München 2 (089) Erläuterung: D FA 1, AV, PF 13 21 86 I PDir Dipl.-Ing. Bell Postleitzahl OPD 2000 Hamburg 13 D OPD, RefL 51, PF 20 00 01 F 41 10-5 00, P 41 10-7 78 F 55 88-51 10, P 12 62-21 05 Vorsitzender II POR Dipl.-Kfm. Süß II PDir Dipl.-Ing. von dem Busche II 2. Vorsitzender PF Postfach DFA 2 D BPA

F 55 88-13 10, P 67 67 63

F 55 88-32 10, P 16 81 31

F 87 17-2 00, P 12 62-6 16

IV OPDir Dipl.-Ing. Pauli

III POR David D OPD

DFZA

F 22 88-2 70, P 6 02 69 60

F 63 88-44 20, P 5 24 63 39

F 63 88-31 60, P 5 51 57 56

III POR Dipl.-Volksw. Herzog

IV OPDir Dipl.-Ing. Fischer

D OPD

D OPD

Stand: 09. 06. 1987

III Schriftführer

Kassenwart

Anderungen bitte an die Redaktion, abschriftl. Bundesgeschäftsführer

ON-Kennzahl

D

F

Dienstort

Dienstanschluß

Privatanschluß